

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährl. 2,50 RM., monatl. 1,20 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 bezugsfähig. Einzelne Heftnummern
 5 Pf. Sonntagsnummern
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,20 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Danemark, Holland, Dageburg,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
 in die Postzeitungs-Preisliste.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die fliegendeblatte Kolon-
 nelle 50 Pf. „Kleine Anzeigen“
 das fertige Blatt 20 Pf. (zu-
 lässig 2 fertige Blätter), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Stellengeld
 und Schlusszeilenangeben das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Zusatzen 20 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 juristische u. gemeinnützige Anzeigen
 40 Pf. die Seite. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gewähr von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 25. September 1917. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende?

Mitbürger! Parteigenossen!

Seit Wochen und Monaten ist eine zügellose Agitation im Gange, um einen baldigen Friedensschluß, den der deutsche Reichstanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als möglich und wahr scheinlich bezeichnet haben, mit allen Kräften zu hinterreiben. Nach drei Jahren eines Krieges, der wie kein zweiter ein Uebermaß von Leiden und Weh über die ganze zivilisierte Welt gebracht hat, wagt es eine kleine, aber geräuschvoll und anmaßend auftretende Gruppe, dem deutschen Volke zuzumuten, daß es für phantastische Eroberungspläne und unmögliche Weltbeherrschungsziele den Krieg auf unabsehbare Zeit und zu einem ungewissen Ende fortschreibe. Diese kleine Gruppe tritt unter den verschiedensten Namen, in den mannigfaltigsten Gewändern auf; bald im Rahmen einer politischen Partei, bald bezeichnet sie sich als „Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden“, bald als „Ausschuß zur raschen Niederkämpfung Englands“, neuerdings hat sie auch eine besondere Partei ins Leben gerufen, die „Deutsche Vaterlandspartei“, aber hinter all dem steckt immer wieder derselbe Kreis von Menschen, der seit Jahren bekannt ist unter dem Namen der Alldeutschen.

Wer sind die Alldeutschen?
 Die Alldeutschen sind die markantesten Vertreter des deutschen Imperialismus. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Verherrlichung und Anbetung der nackten Gewalt und der brutalen Züchtlung, die ihnen als die einzigen weltbewegenden Kräfte erscheinen. Das gilt nach außen wie nach innen hin. Nach außen hin erstreben sie eine möglichst weite Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine jetzigen Grenzen hinaus, die Unterwerfung und Angliederung benachbarter Länder sowie den Erwerb möglichst umfangreichen Kolonialgebieten. Nach innen wollen sie mit derselben brutalen Gewalt die aufstrebenden arbeitenden Klassen und die Demokratie niederhalten. Ihr lärmendes Gebären und Auftreten hat namentlich dazu beigetragen, in der übrigen Welt die Vorurteile und das Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu säen, die sich jetzt so bitter an uns gerächt haben. Denn das Ausland konnte bei dem großspurigen Auftreten der Alldeutschen nicht erkennen, was wir wissen, daß in Wirklichkeit nur eine verschwindende Minderheit des deutschen Volkes hinter den Alldeutschen steht.

Auch jetzt während des Krieges wendet sich die große Masse des deutschen Volkes von den alldeutschen Kreisen ab. Die hinter den Alldeutschen stehen, sind an Zahl gering, an Einfluß freilich mächtig. Abgesehen von einigen weltfremden Ideologen, Schulprofessoren und pensionierten Militärs, sehen wir bei den Alldeutschen hauptsächlich die Kreise, denen der Krieg große Gewinne in den Schoß geworfen hat und die auch bei langer Fortdauer des Krieges nicht um ihre wirtschaftliche Existenz zu fürchten brauchen, vor allem die Kreise der schweren Industrie und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Sie speisen die Bewegung auch aus unerwünschten Geldquellen, kaufen in Massen bisher unabhängige Zeitungen auf und verwandeln sie in ihre Propagandaorgane, sie haben auch die neue „Deutsche Vaterlandspartei“ finanziert und ermöglichen ihr eine Agitation nach amerikanischem Muster.

Die Kriegsziele der Alldeutschen.
 Jedermann in Deutschland weiß, daß ein baldiger Frieden nur möglich ist, wenn Deutschland sich mit seinen Gegnern verständigt. Selbstverständlich will niemand in Deutschland einen Frieden, der Deutschlands Ehre, Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Existenz antastet. Das gilt namentlich auch von der deutschen Sozialdemokratie. Jede gegenteilige Behauptung ist eine Verleumdung.

Aber andererseits ist vollkommen klar, daß es eine endlose Verlängerung des Krieges bedeuten würde, wenn Deutschland darauf ausginge, fremdes Land zu erobern, andere Völker zu unterwerfen oder eine hohe Kriegskontingentszahlung von den Gegnern einzuheimsen. Denn ebenso wie das deutsche Volk sich mit dem Angebot aller Kräfte gegen derartige Zumutungen seiner Gegner wehrt, würden sich diese bis zum äußersten und letzten verteidigen, ehe sie auf derart demütigende Bedingungen eingingen.

Eroberungen und Entschädigungen fordern, heißt also, den Krieg bis ins Endlose verlängern.

Das aber ist das Ziel der Alldeutschen. Eins ihrer hervorragendsten Mitglieder, Graf von Roon, Generalleutnant z. D., Mitglied des preussischen Herrenhauses, hat es in einer alldeutschen Korrespondenz am 22. August 1917 in folgendem schneidigen Divisionsbefehl formuliert:
keine Verständigung — keine Verhandlung — keine Friedenskonferenz, sondern nur völliger Sieg, völliges Niederschlagen aller Gegner und dann: jedem einzelnen den Frieden diktieren, den wir ihm bewilligen können und — wollen.

Also zunächst die Gegner völlig niederschlagen! Aber das ist auf dem Papier leichter getan wie in der Wirklichkeit. Deutschland müßte danach zunächst einen Sieg erringen, durch den England, Frankreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan, China, Brasilien usw. usw. völlig auf die Knie geworfen werden. Wie stellt sich Graf Roon diesen Sieg vor? Wie stellt er sich namentlich den Sieg vor, der es uns ermöglichen soll, Japan oder den Vereinigten Staaten den Frieden zu diktieren?!

Trotzdem hören die Alldeutschen nicht auf, den dicht vor der Tür stehenden „Endsieg“ zu prophezeien. Jeder, der an dieser Prophezeiung zweifelt und mit ruhigem Kopf die Tatsachen prüft, wird von ihnen in der maßlosesten Weise als „Blasphem“, „Feigling“ usw. beschimpft.

Wie steht es aber mit der Zuverlässigkeit alldeutscher Prophezeiungen?

Schon ein duzendmal haben sie uns den völligen Zusammenbruch der Gegner in kurzer Zeit prophezeit. Bisher aber ist keine dieser Prophezeiungen eingetroffen. Nur ein paar Beispiele dafür: Im Juni erklärte der alldeutsche konservativste Führer Abg. v. Sehd ebrand auf einer Versammlung in Mültisch, von ganz zuverlässiger Seite gehört zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Seitdem ist mehr als die doppelte Zeit vergangen, England ist noch nicht niedergezwungen. Wenige Zeit später aber, im August 1917, prophezeite der Fürst Salm-Dorstmar auf einer Dortmunder Flottenvereinstagung,

„nur noch wenige Monate gilt es auszuhalten und unsere Feinde liegen vollständig zerschmettert am Boden“.

Seitdem ist nun auch längere Zeit vergangen, aber es macht sich noch kein Anzeichen für die „völlige Zerschmetterung“ unserer Feinde bemerkbar.

Bei diesen andauernden Mißerfolgen im Prophezeien muß man die Dreistigkeit bewundern, mit der die Alldeutschen jeden beschimpfen und verhöhnen, der ihren Voraussetzungen den Glauben aufkündigt.

Die Alldeutschen und der Reichstag.

Der Deutsche Reichstag hat am 19. Juli 1917 sich mit großer Mehrheit auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt. Er hat der Willensmeinung des deutschen Volkes durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben, welche ausdrücklich Eroberungen und Vergewaltigungen fremder Völker ablehnt.

Nur die alldeutschen Eroberungspolitiker und ihre Helfer aus der von der sozialdemokratischen Partei abgesplitterten unabhängigen Sozialdemokratie stimmten dagegen. In ihrer Antwort auf die Papstnote hat die deutsche Regierung beteuert, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen des Papstes und der Friedensumgebung des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Raum hatte der Reichstag die erwähnte Resolution gefaßt, als die Alldeutschen mit den maßlosesten Beschimpfungen über die Reichstagsmehrheit herfielen. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter ein wesentliches Verdienst daran haben, daß die Friedensresolution des Reichstages zustande kam, wurde in der unflätigsten Weise angegriffen. Ausdrücke, wie „Sämannesresolution“, „Vanterottresolution“, „Friedensgewinnspiel“, „neuralthenischer Zusammenbruch“ waren noch das geringste. Die „Deutsche Tageszeitung“ warf der Reichstagsmehrheit „Verrat am Vaterlande“ vor, und der schon genannte Fürst Salm-Dorstmar bezeichnete die Mitglieder der Mehrheit als „Landesverräter“. Bei der Gründung eines Landesvereins der „Deutschen Vaterlandspartei“ für Westpreußen wurde der Reichstag von dem Hauptredner, Generallandschaftsdirektor Meyer-Rottmannsdorf, sogar als eine „Idiotenanstalt“ bezeichnet.

So beschimpfen angebliche deutsche Patrioten die Vertretung des deutschen Volkes. In ihrer Wut über den Reichstagsbeschluss stellen sie die Behauptung auf, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stünde. Dabei stehen hinter den Parteien, welche die Verständigungsresolution angenommen haben, etwa vier- bis fünfmal soviel Wählerstimmen als hinter den Parteien der Alldeutschen!

Der alldeutsche Patriotismus.

Bei jeder Gelegenheit stellen sich die Alldeutschen so hin, als wären sie die alleinigen Freunde des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Um diese Behauptung zu erhärten, schreien sie auch vor den niedrigsten Verdächtigungen ihrer Gegner nicht zurück. So wird in den „Alldeutschen Blättern“ den Vertretern der Reichstagsmehrheit fortgesetzt nachgesagt, daß sie die Erfolge der deutschen Waffen nicht wünschen, daß z. B. die Einnahme von Riga für sie ein „schwerer Schlag“ gewesen sei, gleich als ob die Anhänger des Verständigungsfriedens es auf die deutsche Niederlage abgesehen hätten.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dies eine hohle Unterstellung ist. Die Anhänger des Verständigungsfriedens wissen sehr wohl, daß ohne die Erfolge der deutschen Waffen Deutschland sich nicht gegen die mehr als sechsfache Uebermacht seiner Feinde behaupten könnte. Die deutschen Siege tragen dazu bei, unsere Gegner zu überzeugen, daß sie Deutschland nicht bewältigen können, und wirken so zur schnelleren Herbeiführung einer Verständigung, — wenn man nicht, wie die Alldeutschen es tun, sich nach jedem Sieg in einen Eroberungsrausch hineingeworfen. Wer freilich nach der Befestigung jeder Stadt und jeder Provinz sofort in den Ruf ausbricht: „Das geben wir nicht wieder heraus!“, der treibt die Feinde zum äußersten verzweifeltsten Widerstand.

Auf wie schwachen Füßen aber der Patriotismus der Alldeutschen steht, sobald ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zeigen Drohungen aus ihren Reihen. Der alldeutsche Professor Noethe schrieb zu der Reichstagsresolution aus dem Felde:

„Wenn unsere Politiker so zu Hause sich tummeln — zur Freude unserer Feinde —, dann mag meinewegen alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.“

Also Militärstreik, das ist die Drohung dieser Patrioten, wenn es nicht in Deutschland nach ihren Wünschen geht.

Alldeutsche Methode.

Um die Anhänger des Verständigungsfriedens in Mißachtung zu bringen, scheuen die Alldeutschen auch vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurück. Man bezeichnet die Freunde der Verständigung von alldeutscher Seite als „Landesverräter“ und „Agenten des feindlichen Auslandes“.

Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, welche die unerfrockenste Vorkämpferin des Verständigungsfriedens in Deutschland ist, wird von den Alldeutschen fast täglich in dieser Weise beschimpft. Beispiele dafür sind zahllos. So brachte die alldeutsche Presse das Gerücht auf, S c h e i d e m a n n sei verhaftet worden, weil ihm nachgewiesen sei, er stehe als feindlicher Agent im englischen Solde. Die „Tägliche Rundschau“ warf im August dem „Vorwärts“, weil er sich einer objektiven Schreibweise befleißigte, vor, er schreibe „in Wahrnehmung englischer Interessen“.

Auch sonst greift man, wenn es nicht weiter geht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die alldeutsche Presse andauernd Fälschungen aus dem „Vorwärts“ und anderen sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Aussprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart hat, daß die sauberen Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten und Dinge herbeibrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte.

Warum das alles?

Mit solchen verzweifeltsten Mitteln kämpfen die Alldeutschen, um den Blick des deutschen Volkes von der Wahrheit abzulenken. Was ist die Wahrheit?

Daß bei allseitigem Verständigungswillen der Völker ein baldiger Frieden möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine völlige Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet.

Die Verfolgung des alldeutschen Programms bedeutet einen Selbstmord der europäischen Kultur, denn nach einem solchen Zusammenbruch würde ein Aufbau Europas kaum in hundert Jahren wieder möglich sein.

Die Alldeutschen freilich behaupten, Deutschland müsse verkommen, wenn es nicht all das erzielte, was sie als Eroberungsziele bezeichnen, Land in Ost und West und eine Kriegsentwädigung. Sie malen uns große Bilder aus, was Deutschland bei Durchführung dieser Eroberungen alles besitzen würde und nicht besitzen würde bei einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Aber sie vergessen, uns die Schädelpyramide zu malen, die sich noch aufstürmen müßte bis zur Erreichung dieser Ziele, — falls sie überhaupt zu erreichen sind.

Soll wirklich für diese vagen Aussichten der Krieg ins Unendliche verlängert werden? Das Volk ist des Wortens satt, es verlangt einen baldigen Frieden und verlangt, daß dieser geschlossen werde, sobald Deutschlands Existenz gesichert ist.

Wer für die alldeutschen Ziele eintritt, der tritt für Kriegsverlängerung und neue maßlose Leiden ein. Er leistet auch künftigen Kriegen Vorschub. Denn ein Zerschmetterungsfrieden, wie ihn die Alldeutschen predigen, würde die Gegner zu neuen Neuansehungen gegen Deutschland aufweckeln.

Wer einen baldigen Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, der kämpfe mit für diese Ziele in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine bayerische Sonderantwort an den Papst.

Es ist bisher noch nicht darauf hingewiesen worden, daß von Deutschland aus zwei Antworten auf die Papstnote erteilt worden sind. Die eine von den Deutschen, die andere von der bayerischen Regierung. Da der Nuntius beim König von Bayern akkreditiert ist, so hat er das Schreiben des Papstes an den König von Bayern übergeben, und König Ludwig hat es beantwortet. Hier ist der Wortlaut der Antwort unter Fortlassung der einleitenden Ergebenheits- und Dankesbezeugungen.

Jeden Schritt, den Eure Heiligkeit zur Anbahnung eines dauernden und für alle ehrenvollen Friedens unternahmen, habe ich ebenso wie Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und alle anderen deutschen Bundesfürsten, wie das ganze deutsche Volk mit herzlichster Sympathie verfolgt. Die Geschichte beweist es, daß das deutsche Volk seit der Begründung des Deutschen Reiches seinen anderen und keinen schärferen Wunsch gehabt hat, als in Frieden und in Ehren an der Lösung der höchsten Kulturaufgaben der Menschheit nach Kräften mitzuwirken und sich der ungestörten Entwicklung seines wirtschaftlichen Lebens zu widmen. Nichts konnte dem friedliebenden deutschen Volke und seiner Regierung dabei ferner liegen, als der Gedanke eines Angriffs auf andere Völker und als das Streben nach gewaltfamer Gebietsvermehrung. Denn kein Sieg und kein Ländererwerb konnte in seinen Augen auch nur im entferntesten die furchtbaren Schrecken eines Krieges, die damit notwendig verbundene Vernichtung kultureller und wirtschaftlicher Werte aufwiegen. Die in voller Übereinstimmung mit den deutschen verbündeten Regierungen geführte Politik des Deutschen Kaisers und der Reichsleitung, die allezeit, oft bis hart an die Grenze des mit den deutschen Interessen Verträglichsten, die Erhaltung und Sicherung des Friedens im Auge hatte, fand daher stets die vollste Billigung des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertreter. Erst als sich Deutschland in seiner Existenz bedroht betrachtete, mußte, als sich das deutsche Volk mit seinen treuen Verbündeten, von allen Seiten angegriffen sah, gab es keine andere Wahl, als mit dem Aufgebot aller Kräfte für Ehre, Freiheit und Dasein zu kämpfen.

Aber auch während dieses uns aufgezwungenen, nun mehr als drei Jahre wütenden Krieges ohnehin hat die deutsche Regierung ungewöhnliche Beweise ihrer Friedensbereitschaft geliefert, und zwar ganz besonders durch die im Verein mit unseren Bundesgenossen schon zu Ende des Jahres 1916 an die Feinde gerichtete feierliche Aufforderung, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn dieser erste, ernste Versuch, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen, gescheitert ist, so trifft dafür die Verantwortung unsere Gegner, die jedes Eingehen auf den Vorschlag ablehnten. Um so inniger sind die Wünsche, die ich gleich Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, gleich dem ganzen deutschen Volke für einen Erfolg des von Eurer Heiligkeit jetzt unternommenen Schrittes begehe, damit durch ihn zum Besten der ganzen Menschheit ein dauernder, für alle Teile ehrenvoller Friede angebahnt werden möge.

Ich habe die Ehre zu zeichnen

Eurer Heiligkeit ganz gehorsamer Sohn

Ludwig.

München, den 21. September 1917.

Der Bruch mit Argentinien vermieden?

Eintreffen der deutschen Erklärung im letzten Moment.

Buenos Aires, 23. September. (Habas.) In dem Augenblick, wo die Kammer über den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland abzustimmen im Begriff war, traf aus Berlin die amtliche Antwort ein, welche die Anschauungen des Grafen Luxburg über den Kreuzerrieg mißbilligt. Das Wort „Kreuzer“ läßt vermuten, daß Deutschland nicht gelonnen ist, den Unterseebootskrieg einzuschränken; jedenfalls ist die Kriegserklärung verschoben worden.

Buenos Aires, 23. September. (Meldung der Agence Havas.) In der Kammer hielt der Abgeordnete Arce eine Rede, in der er sagte, daß die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes nicht annehmbar seien, und daß die öffentliche Meinung die angebotene Kränkung bestrafen wolle.

Abgeordneter Escobar sagte: Wir haben uns bei der Teilnahme für die gemeinsame Sache der Demokratie verspätet. Es war erstaunlich, daß wir nicht eingriffen, um an der Bekämpfung der deutschen Grausamkeiten teilzunehmen.

Caballero, der Führer der radikalen Dissidenten erklärte: Wir haben geschwiegen, indem wir unsere Sympathien für das große und heldenhafte Frankreich unterdrückten. Wir haben geschwiegen angesichts des Opfers des unsterblichen Belgiens. Jetzt können wir nicht mehr schweigen.

Die Kammerführung wurde immer stürmischer. Es ereigneten sich Zwischenfälle. Nach Mitternacht schickte der Abgeordnete Arce dem Abgeordneten Vega seine Zeugen. (Hier hat Havas offenbar wichtige Dinge, die diesen Zusammenhang erklären, fortgelassen. Red. d. „S.“)

Abgeordneter Camano protestierte dann gegen die Absicht, in den Krieg zu treten und kritisierte die Veröffentlichung der Depeschen des Grafen Luxburg. Er spielte auf Gibraltar und Panama an und versuchte dann Luxburg zu rechtfertigen, was zu Protesten und Lärm führte. Der Redner wurde verhöhnt.

Minister Pueyrredon sagte: Was auch die Entscheidung des Kongresses sein mag, die Regierung wird sie annehmen. Die Regierung ist nicht schwach gewesen. Die Geschichte wird anerkennen, daß sie im Gegenteil Energie gezeigt hat. Die Regierung hat Deutschland mitgeteilt, daß die Argentinier für das Völkerrecht eintreten. Der Krieg der Vereinigten Staaten ist gerechtfertigt. Wir haben bei Deutschland wegen der Torpedierung des Monte Protegido und des Loro Vorstellungen erhoben und Genehmigung erhalten. Die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes waren ungenügend und wir haben vor vier Tagen eine befriedigende Antwort verlangt.

Ein Antrag, die Entscheidung zu verlagern, wurde mit 68 gegen 27 Stimmen abgelehnt und die Debatte fortgesetzt.

Abgeordneter Bedia erklärte, die Depeschen Luxburgs seien nicht als persönliche Äußerungen interessant, sondern als Ausdruck des Gedankens und Geistes Deutschlands.

Schließlich wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt, ohne daß die Kammer über den Antrag, mit Deutschland zu brechen, entschieden hätte.

Die zurückgehaltenen Aktenmappen des schwedischen Gesandten.

Bern, 23. September. „Petit Parisien“ meldet aus Washington: In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten meinte man der Zurückhaltung von vier Aktenmappen des neuen schwedischen Sondergesandten durch die kanadischen Behörden von Halifax große Bedeutung bei. Die Zurückhaltung sei auf Anweisung der englischen Behörden erfolgt.

Hestiger Artilleriekampf in Flandern und an der Aisne-Front — 14 Flugzeuge abgeschossen — Die Wente von Jakobstadt — Beschießung von Galatz.

Amlich. Großes Hauptquartier, 24. September 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern erreichte der Artilleriekampf nachmittags an der Küste und vom Walde von Houthouft bis Westhoel wieder große Stärke. An der Schlachtfrent blieb die Kampfstärke auch nachts und am frühen Morgen gesteigert, ohne daß bisher neue englische Angriffe erfolgten. Gute Wirkung unserer artilleristischen Abwehr ließ sich am Verhalten der von uns beschossenen Batterien und an der Vernichtung zahlreicher Munitionskapsel feststellen.

Bei Lens und bei St. Quentin, an dessen Kathedrale die Franzosen durch neue Beschießung ihre Zerstörungswert fortsetzten, lebte die Feuerstätigkeit auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In mehreren Abschnitten der Aisne-Front und der Champagne schwoh mehrfach das Feuer zu großer Heftigkeit an. Bei Grunburgschichten hatte der Gegner Verluste.

Vor Verdun war der Feuerkampf nachmittags und während der Nacht sehr lebhaft. Auch heute morgen herrschte rege Geschüttsstätigkeit auf dem Ostufer der Maas.

14 feindliche Flugzeuge sind abgeschossen worden. Leutnant Wölhoff errang den 20. Luftsieg, Leutnant Rissenherth brachte zwei Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Unter der im Brückenkopf von Jakobstadt eingebrachten Wente von 55 Geschützen befinden sich eine bespannte Batterie und fünf schwere Geschütze von 26 bis 28 cm Kaliber. In der Stadt selbst seien reichliche Vorräte, auch an Brot und Mehl, in unsere Hand.

Nördlich von Baranowitschi und westlich von Luel entfaltete die russische Artillerie lebhafteste Tätigkeit.

Seeresgruppe Madensen.

In den Bergen nordwestlich von Jofani und am Sereth rege Feuerstätigkeit und Vorkessgeschütze.

Bahnhof Galatz wurde mit beachtetem Erfolg beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 24. September 1917, abends. Amlich.

Lebhafte Geschüttsstätigkeit in Flandern und auf dem Ostufer der Maas.

Im Osten nichts von Belang.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 24. September 1917. (W. T. S.) Amlich wird verlautbart:

Auf allen Kriegsschauplatzen ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Renaudel und die Fälschung der Wilson-Note

Die betreffenden Kuriermappen enthielten die ganzen Akten für die schwedische Gesandtschaft in Washington. Man glaube allgemein, daß in diesem Falle die kanadischen und englischen Behörden hauptsächlich eine Demonstration vornehmen wollten infolge der letzten Enthüllungen. Man habe jedoch um so größeres Vertrauen in eine freundschaftliche Beilegung der Affäre, als man vermute, daß die Kuriermappen Statistiken für den Lebensmittellieferanten Hoover enthalten zwecks Festsetzung der nach Schweden auszuführenden Lebensmittel.

Die Antwortnote des Präsidenten Wilson an den Papst

Die Antwortnote des Präsidenten Wilson an den Papst ist den Franzosen, wie wir mitteilten, durch die Havasagentur in einer vollständig entstellten Fassung wiedergegeben worden. Die Aufdeckung dieses Schwindels hat Renaudel veranlaßt, an den Minister des Äußeren ein Schreiben zu richten, das in der „Humanité“ vom 18. September veröffentlicht wird. Das Schreiben stellt fest, daß Wilsons Antwort an den Papst in zwei Lesungen bekanntgegeben wurde:

Ein erster Wortlaut wurde veröffentlicht, der von Zusätzen, Weglassungen und Änderungen geradegu wimmelte; ein zweiter Wortlaut hat ihn zwar richtiggestellt, enthielt aber immer noch viele Ungenauigkeiten.

Renaudel macht die Regierung hierfür nur insoweit verantwortlich, als sie es unterlassen habe, durch die Zensur die Wichtigkeit des ihr als Telegramm zugegangenen Schriftstücks zu prüfen. Er bittet dringend, daß die Regierung „offiziell“ den Text der Wilson-Note wiederherstellt und daß sie künftig durch Veröffentlichungen offiziell die Verantwortung für die Wichtigkeit der Uebersetzung der amtlichen Schriftstücke fremder Regierungen übernimmt. Er fährt fort:

Es wäre zu schmerzlich, zu denken, daß die französische Regierung durch Ueberlassung der Sorge hierfür an unverantwortliche, aber bei ihr beglaubigte Agenturen sich der Beschuldigung aussetzen könnte, wissentlich eine Verdrehung der Wahrheit zugelassen zu haben, zum Schaden des guten Rufes unseres Vaterlandes. Ich bezweifle nicht, Herr Minister, daß Sie meiner Ansicht zustimmen werden.

Die „Humanité“ bringt gleichzeitig mit dem Brief eine Gegenüberstellung der wirklichen Wilson-Note und des von den Agenturen veröffentlichten Wortlauts.

Stockholm.

Die antidemokratische West-Entente.

Berlin, 24. September. „Socialdemokraten“ (Kristiania) schreibt: Das Auftreten der zwei großen westlichen Demokratien gegenüber der russischen Revolution und der Konferenz in Stockholm zeigt, daß ihnen alles andere als das Interesse der Demokratie am Herzen liegt. Die Bahzweigerung für Stockholm werden die Regierungen rückgängig machen müssen. Von weit schlimmerer Bedeutung aber ist das Verhalten der Verbändregierungen gegenüber der russischen Revolution. Es ist kein Zweifel, daß die Gegenrevolution in Rußland von einflussreicher Seite in England gestützt wird, wie aus Reden, „Times“

Artikeln und anderen Fortschritte-zeitungen herborgelbt. Schon als die russische Revolution nicht mit dem Staatsreich der Einsetzung des „Konstitutionellen Jaren“ halt machte, veruchte die Kriegspresse in London und Paris, das Befreiungswort zu hören und zu vernichten. Auch glaubt man mit Grund, daß die Vorkämpfer des Verbandes, vor allem Buchanan, der gegenrevolutionären Propaganda nicht fern stehen. Damit erreichen sie aber das Gegenteil ihrer Ziele: sie wecken den Unwillen des revolutionären Rußland und beeinträchtigen damit den Kriegswillen.

Assignatenwirtschaft in Rußland.

Petersburg, 24. September. (Meldung der Petersburger Teleg.-Agentur.) Der Ministerrat hat es als ein dringendes Bedürfnis anerkannt, der Staatsbank das Recht zu einer neuen Ausgabe von Banknoten im Betrag von 2 Milliarden Rubel zu erteilen. Seit Kriegsbeginn hat die Staatsbank für 14 200 Millionen Rubel Banknoten ausgegeben.

Petersburg, 23. September. (Meldung der Petersburger Teleg.-Agentur.) Kerenski hat einen Tagesbefehl veröffentlicht, in dem er die hervorragenden Dienste des Generals Alegejew bei der unblutigen Unterdrückung der Bewegung Kornilows hervorhebt und feststellt, daß er durch sein kluges und tatkräftiges Eingreifen die Ordnung und die normale Tätigkeit des Großen Generalstabes wiederhergestellt habe. Er erklärt ferner, daß er dem Rücktrittsgesuch Alegejews Folge gebe und ihn zur Verfüzung der vorläufigen Regierung stelle, um seine großen Erfahrungen in der Leitung der militärischen Operationen zu verwerten.

Prozeß Suchomlinow.

Petersburg, 23. September. (Meldung der Petersburger Teleg.-Agentur.) Suchomlinowprozeß. In der gestrigen Sitzung sprach der Verteidiger Jacharine. Er suchte zu beweisen, daß die Beziehungen Suchomlinows zu dem Spion Altschueler belanglos gewesen seien, und daß alle Behauptungen des Staatsanwalts in dieser Angelegenheit Mutmaßungen seien, von denen mehrere an den Haaren herbeigezogen seien. Der Verteidiger griff dann Guischow an, dessen Feldzug gegen Suchomlinow nur durch den Wunsch hervorgerufen worden sei, den Minister zu stürzen, um seine Stelle zu bekommen. Bezüglich der mangelnden Tätigkeit Suchomlinows im Artilleriewesen hob der Verteidiger hervor, die Nachlässigkeit des Ministers sei erzwungen gewesen. Denn infolge der Eigentümlichkeiten des Verwaltungswesens unter der alten Herrschaft sei ein Minister fast immer von einem andern abhängig gewesen und das habe im Gange der Geschäfte häufig außerordentliche Verzögerungen bewirkt.

Die Russen über Jakobstadt.

Russischer Seeresbericht vom 22. September. Nordfront. In Richtung Riga griffen feindliche Abteilungen nach Artillerievorbereitung in der Gegend von Sossegal an. Der erbitterte Widerstand unserer durch die Artillerie unterstützten Vorhut brachte den gegnerischen Angriff zum Stehen. In der Richtung Jakobstadt beschloß der Feind am Morgen des 21. September unsere Stellung heftig, wobei er besonders gegen unsere Schützengräben im Abschnitt Daxem-Neu-Seiburg sowie gegen verschiedene unmittelbar dahinter gelegene Punkte in weitem Umfange chemische Geschosse verwendete. Gegen Mittag gingen die Deutschen zum Angriff vor, schnitten ein Stück unserer Stellung südöstlich Aminan ab, drangen in unsere Linien ein und bemächtigten sich einiger Punkte zwei Werst von der Düna entfernt. Unsere Truppen gingen unter dem Schutz ihrer Nachhut auf das rechte Ufer der Düna zurück.

Die Artillerieschlacht in Flandern.

Berlin, 24. September. Am 23. September kam es an der Flandernfront trotz heißer Artillerieschlacht nicht mehr zu größeren Infanteriekämpfen. Die Engländer leiteten den Tag durch Patrouillenvorstöße am frühen Morgen in Gegend Rangemare ein. Sie wurden überall abgewiesen. Das Artilleriefeuer nahm im Laufe des Tages immer größere Heftigkeit an, bis es um 5 Uhr nachmittags nordöstlich Opern zur Trommelfeuer überging. Die Engländer, die zwei Stunden lang mit allen Kalibern trommelten, planten augenscheinlich einen größeren Angriff. Allein im deutschen Artilleriefeuer, das mit vernichtender Wirkung auf den zerstückten englischen Stellung lag, war die englische Infanterie aus ihren Trichtern nicht herauszubringen. Auch an der Küste war die Artillerietätigkeit lebhaft. Als Vergeltung für die Beschießung von Ostende, die unter der belgischen Zivilbevölkerung so blutige Opfer kostete, wurde Dünlirchen unter Fernfeuer genommen. Das Wetter, das bisher den englischen Angriff in so hohem Maße begünstigte, ist wieder unsichtig geworden.

An der übrigen englischen und an der französischen Front haben sich keine Kampfhandlungen von Bedeutung abgespielt. Im Artois wie bei St. Quentin wurden englische und französische Patrouillen abgewiesen. Westlich Reims versuchten die Franzosen nach schlagartiger Feuerbereitung einen härteren Vorstoß, der glatt abgewiesen wurde. An der Verdunfront nahm das Artilleriefeuer auf dem Ostufer erst am Nachmittag größere Heftigkeit an. An der Straße Forges-Cumières wurde eine starke französische Patrouille im Handgranatenkampf abgewiesen.

An der Ostfront hat sich nichts von Bedeutung ereignet. Die Deutschen sind noch mit dem Einbringen der Wente beschäftigt, deren Menge noch nicht genau zu übersehen ist. Ein großer Teil liegt noch im Waldgebiet. Außer den bisher gemeldeten Geschützen wurden noch zahlreiche Maschinen-gewehre und Minenwerfer, Feldküchen und Sanitätsautos eingebracht. Die Gefangenzahl ist auf 4710 Mann gestiegen.

Belagerungszustand in Griechenland.

Athen, 24. September. (Neuermeldung.) In den Provinzen Salonien, Arkadien und Larissa ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Regierung hat die Adjutanten König Konstantins, die bei König Alexander geblieben waren, entlassen, weil sie zur Unzufriedenheit mit der neuen Regierung aufreizten.

Eine ungarische Friedenskundgebung.

Budapest, 24. September. (Z. U.) Am Sonntagnachmittag fand hier die angekündigte Versammlung der ungarländischen Katholiken statt, die sich mit der Friedensstätigkeit des Papstes beschäftigte und sich zu einer gewaltigen Friedenskundgebung gestaltete. Mehrere Bischöfe und zahlreiche Parlamentarier nahmen an der Versammlung teil. Das Referat hielt Kardinal Johann Csernoch. Die Versammlung richtete an den Papst eine Adresse, in der der Dank der ungarischen Katholiken für seine Friedensnote ausgesprochen und erklärt wird, daß Ungarn zu einem ehrenvollen und gerechten Frieden,

der seine Entwicklung sicher, bereit ist. Die angegriffene ungarische Nation wünscht einen Sieg des Rechtes und der Verständigung. Gott möge den Schritt des Heiligen Vaters mit Erfolg krönen, damit ein ehrenvoller Frieden zustande kommt.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, den 23. September. Neue U-Boots-Erfolge, rund 53000 Br.-Reg.-Tonnen.

Westlich Gibraltar versenkte eines unserer U-Boote in einer Nacht die tiefbeladenen englischen Dampfer *Clan Ferguson* (4808 Br.-R.-T.), *Prad Road* (5646 Br.-R.-T.) und *Hundbridge* (3424 Br.-Reg.-T.). Im Mittelmeer wurden zahlreiche feindliche Transporte nach Südfrankreich und Norditalien vernichtet, darunter der bewaffnete amerikanische Dampfer *Wilmore* mit 7000 Tonnen Kohlen, 1000 T. Öl und 12 Lokomotiven, der neue bewaffnete englische Dampfer *Chalmers* (4911 Br.-R.-T.) und der bewaffnete italienische Dampfer *Aufonia* (1438 Br.-R.-T.), die beiden letzteren mit insgesamt 8500 Tonnen Kohlen. Der bewaffnete französische Dampfer *Admiral Ker-saint* (5570 Br.-R.-T.) versuchte erfolglos sich mit seiner wertvollen Ladung durch hartnäckige Gegenwehr der Versenkung zu entziehen; der Dampfer wurde im Feuergefecht, in dem seine Besatzung schwere Mannschaftsverluste erlitt, niedergelassen, der Kapitän gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein englischer Torpedobootszerstörer torpediert.

London, 23. September. Die Admiralität gibt bekannt: Ein britischer Torpedobootszerstörer ist von einem deutschen Unterseeboot in der Einfahrt zum Kanal torpediert und versenkt worden. Fünfzig Mann der Besatzung wurden gerettet.

Erfolgreiche U-Boot-Führer.

Berlin, 24. September. (Amlich.) Zu dem Erfolge des U-Boot-Krieges im Monat August von 808 000 Br.-R.-T. versenkten Handelsschiffsräume haben in hervorragender Weise beigetragen: Kapitänleutnant *Rose*, *Verlach*, *Diedmann*, *L. u. I. Viniens*, Schiffsleutnant *Ritter v. Trapp*, *Kapitänleutnant* *Marschall*, *Biebig*, *Muzel*, *Oberleutnant* *J. E. Salzwedel*, *Loß*, *Howaldt*, *v. Heydebreck*.

Kleine Kriegsnachrichten.

Hiergeleutnant *Voh* gefallen. Berlin, 24. September. Leutnant *Voh* ist im Luftkampf mit seinem 50. Gegner tödlich abgestürzt. — Leutnant *Voh* war nach dem Rittmeister *Frh. v. Richtig* der erfolgreichste deutsche Kampfflieger, er hat selbst die Zahl der Siege des verstorbenen *Wilde* übertraffen.

Deutsche Vaterlandspartei.

Für Annexionen und Entschädigungen!

Am gestrigen Montagabend fand in der Philharmonie eine große Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei statt. Sie demonstrierte für den sogenannten deutschen Frieden der Annexionen und Entschädigungen. Selbstverständlich haben diese Gedanken und Forderungen in Groß-Berlin tausende Anhänger und es ist nur die Frage, ob die Anhänger der von der Reichstagsmehrheit aufgestellten Friedensziele nicht auch sich zu zählen beginnen sollen.

Neu war Großadmiral *v. Tirpitz* als Versammlungsredner, neu auch Herr *Kapp* als Berliner Versammlungsvorsitzender; der eine war bekanntlich Staatssekretär der Marine, der andere Generallandwirtschaftsdirektor in Ostpreußen — beide sind a. D., weil sie mit ihren Kriegsprinzipien unterlagen. Aber sie haben den Kampf aufgenommen — und der ihn damals gegen sie aufzunehmen erklärte, der sitzt heute auf dem Lande und kann Kartoffeln ernten.

Tirpitz war der Hauptredner. Er kämpfte für die Ueberzeugung, daß England aus Reid und Hof um Seemacht, Welt-handel und Kolonialbedeutung Deutschland im Krieg wie im Frieden stets nach dem Leben trachte und daß ohne einen Zustand, der Englands dahingehende Pläne vereitelt und eine neue Absperrung Deutschlands vom Weltmeer viel gefährlicher für Albion macht, Elend und Not die Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiter sein würde. Darum müsse Belgiens Küste unter Deutschlands Einfluß kommen, es müsse der militärisch erfolgreiche Krieg in festem Siegestillen zu endlichem Sieg geführt werden, der auch die Freiheit ganz Europas gegenüber angloamerikanischer Tyrannei bedeute. Und in diesem Geist muß mit allem Parteilosigkeit ein Ende gemacht und alle Kraft wie einst im August 1914 nur für Krieg und Sieg vereinigt werden.

So die Vaterlandspartei und ihre Redner von *Tirpitz* und Herzog *Johann Albrecht bis Traub* (Sp.) und *Ludwig Thoma* vom Simplizissimus. Ob einer dabei mehr schwärmte, der andere vielleicht mehr schimpfte, tut nichts zur Sache. Diese aber liegt für uns so: Jeder Tag weiteren Krieges vermehrt das Elend der Welt um mehr als wir verantworten möchten; der volle Sieg der einen Seite über die andere ist außer Sicht. Was die Vaterlandspartei verstanden, wäre nur von der völlig niedergeworfenen Entente zu erreichen. Vor dem Krieg arbeitete der deutsche Welt-handel trotz Englands Seeposition frei und mit stets steigendem Erfolg; warum sollte das in Zukunft anders sein, nachdem Deutschland sich so stark erwiesen und sich siegreich gewehrt hat? Ueberdies wird dieser Krieg den Menschen eine Warnung mindestens auf Jahrzehnte sein und, bei einer entsprechenden Volkserziehung, an der alle Völker das gleiche Interesse hätten, hoffentlich auch für immer. Die Bewirkung der annexionistischen Ziele bedeutet neue Kriegsgefahr.

So wird mit den Herren von der neuen Partei eine Einigung über auswärtige Fragen ebensowenig möglich sein wie über innere. Man hat nur den Herrn *Stadtdirektor Tramm* - Hannover hören müssen, wie er gegen freiheitliche Reformen wetteiferte! Es gibt — auch in Berlin, das hat der gestrige Abend gezeigt — Leute, die zu dergleichen Weisheit klatschen. Zwischen ihnen und uns kann es aber nichts anderes geben als eheliche Hehe!

Der öffentlichen Versammlung in der „Philharmonie“ ging eine vertrauliche Besprechung im Abgeordnetenhaus voraus, an der unter dem Vorsitz des Großadmirals *v. Tirpitz* etwa 300 Personen teilnahmen. Dem Ehrenvorsitzenden Herzog *Johann Albrecht* von Mecklenburg wurde durch Erbeden von den Söhnen der Dank für seine vaterlandstreuende Tat ausgedrückt. Graf *Hoensbroech* machte die Mitteilung, daß sich auch der frühere Landwirtschaftsminister *Frh. v. Schorlemer* in den Dienst der Sache gestellt habe. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte *Fhr. v. Wangerheim* forderte die Parteien, die sich der Vaterlandspartei anschließen, auf, den Streit um ihre besonderen Ziele ruhen zu lassen. Interessant war, daß ein Herr aus Bayern so tat, als ob er auch im Namen des bayerischen *Jeitrus* zu sprechen berechtigt sei. Ein kleiner Sturm erhob sich sodann, als Herr *Börting* vorschlug, man solle in der Abend-versammlung eine Entschädigung einbringen des Inhalts, daß der

Erfolg der Kriegsanleihe in Frage gestellt sei, falls sich die Regierung nicht auf den Boden der Deutschen Vaterlandspartei stelle. Da wurde vom Vorstande heftig abgewinkt, und aus der Versammlung fiel der Ruf: „Zweischneidiges Schwert!“ Damit war die patriotische Anregung, der man ja in der alldeutschen Presse schon öfter begegnet ist, für diesmal begraben.

Im übrigen war man darüber einig, daß in der öffentlichen Versammlung auf keinen Fall eine freie Diskussion gehalten werden dürfe.

Deutsche gegen Alldeutsche.

Die Dresdener Parteileitung hat eine gewaltige Kundgebung für Frieden und Freiheit im Zirkus Sarrasani veranstaltet, der trotz des schlechten Wetters nicht gefüllt war. Sogar die Menge war mit Stühlen besetzt, so daß die Besucherzahl mit 8000 Personen eher zu gering als zu hoch angegeben ist. *Roske* sprach über die Friedenspolitik der Partei und geteilte die Kriegsbegehren der Alldeutschen und die kindischen Luertheilereien der Unabhängigen. Sondern man sprach äußerst wirkungsvoll über die Wahlrechtsreform, wobei er unter stürmischem Beifall die Kriegsoffer des Volkes mit der ängstlichen Verleumdung veralteter Vorrechte durch die sächsischen Regierung und die bürgerlichen Parteien verglich. Es machte einen übermächtigen Eindruck, als die imposante Versammlung in einer Entschädigung für Verständigungsfrieden und Freiheit im eigenen Lande stimmte.

Eine schwere Niederlage holten sich die Alldeutschen in Essen, wo vor einigen Wochen 8000 Bergleute des Kreises für den Verständigungsfrieden demonstrierten. Am Sonntag versammelte sich der zwanzigste Teil dieser Zahl, um für die alldeutsche Politik eine Kundgebung zu veranstalten. Gratiseintrittskarten wurden schon fünf Tage vorher ausgegeben, und doch waren die 700—800 Sitzplätze des Saalparterres kaum halb besetzt!

Landtagsabg. *Wacmeister* - Elberfeld sprach. Mit starken Worten sparte der Redner nicht. Herr *v. Kühlmann* sei ja ein „berühmter“ Mann, den anderen Ausdruck für ihn dürfe er ja nicht gebrauchen. Weithmann *Hollweg* erschien ihm selbstredend als das „englische Deutschland“, und Erzberger bezeichnet er direkt als Landesverräter, worauf aus der Versammlung der gemüthvolle Zuruf ertönte: *Herunter mit den Gallunken!* Verschiedene Ausführungen *Wacmeisters*, u. a. folche über unsere überreichlichen Bundesgenossen, entzieten sich der öffentlichen Wiedergabe. Charakteristisch war auch, daß *Wacmeister* schroff die Entschädigung ablehnte, mit der Englands Völkerrechtsbrüche in der deutschen Presse behandelt würden. Wo es um Bestand und Macht eines Landes ginge, gäbe es kein Völkerrecht.

Was der Versammlung an Bedeutung abging, suchte sie durch eine ellenlange Entschädigung und durch Telegramme an den Kaiser, an Hindenburg, den Reichskanzler, Admiral *v. Scheer*, und *v. Tirpitz* zu ersetzen.

Auch in Kiel hatte vor einiger Zeit der Landtagsabgeordnete *Wacmeister* eine Gastrolle gegeben. Selbstverständlich wurde in der alldeutschen Versammlung jeder Versuch einer freien Aussprache unmöglich gemacht. Darum berief die fortschrittliche Volkspartei eine Versammlung ein, die von gut 2500 Personen besucht war und in der der Abg. *Hoff* und Genosse *Adler* den Alldeutschen die richtige Antwort gaben. Auch die Unabhängigen machten sich bemerkbar und schieden zwei Redner vor, welche ihre verräterische Politik, die sie an die Seite der Alldeutschen geführt hat, verteidigen wollten. Sie fielen aber mit ihrer Verteidigung der Ablehnung der Friedensentscheidung in der Versammlung jämmerlich durch. Gegen etwa 100 Stimmen wurde eine Entschädigung angenommen, in der gegen die alldeutschen Treiberellen scharfer Einspruch erhoben und der Reichstagsmehrheit das Vertrauen ausgesprochen wird.

In Halle a. S. rechnete der fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete *Kapfch* mit den Alldeutschen gründlich ab. Er brandmarkte den Versuch, für eine einzelne Partei das Monopol der Vaterlandsliebe in Anspruch zu nehmen und sagte, man müsse es sich auch von Großherzögen und ehemaligen Admiralen verbitten, daß sie zweierlei Deutsche konstruieren. In dem bekannten Erzbergerischen Vorstoß gegenüber dem U-Boot-Krieg bemerkte er, daß er hätte geton werden müssen, und wenn es nicht von Erzberger geschehen wäre, so hätte es irgendein anderer Abgeordneter übernehmen müssen.

Verantwortungslose Demagogie.

Der Beschluß des nationalliberalen Zentralvorstandes.

Den Beschluß des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, den wir gestern hier mitteilten, kann man nicht anders denn als „a Produkt verantwortungsloser Demagogie“ bezeichnen. Wenn man weiß, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion lebhaft schwankte, ob sie sich nicht der Mehrheit anschließen solle, wenn man die Entstehungsgeschichte der Fraktionserklärung vom 19. Juli kennt, die alle Eroberungstendenzen von sich weist, den Frieden der Verführung predigt, aber von schädigenden Wirkungen des Mehrheitsbeschlusses und „Machterweiterungen in Ost und West“ kein Wort sagt, dann staunt man über die Kühnheit des Zentralvorstandes, der so tut, als ob er sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion vor zwei Monaten in Uebereinstimmung befände. Natürlich wird man jetzt diese Uebereinstimmung nach außen hin künstlich herzustellen versuchen, nichts desto-weniger bleibt zwischen Fraktion und Zentralvorstand der Unterschied wie zwischen Leuten, die der Verantwortung nahe, und solchen, die ihr ganz fern sind.

Der nationalliberale Zentralvorstand hat sich einfach nach den tatsächlichen Grundsatz gerichtet: „Da wir doch nichts zu sagen haben, können wir das Maul recht voll nehmen“. Damit werden die Wünsche der *Schwerindustrie* befriedigt und das unpolitische nationalliberale Oberbierertum kann wieder einmal von der „nationalen Strammheit“ seiner Partei entzückt sein. Sonst hat sich die nationalliberale Partei immer gerühmt, „das Vaterland über die Partei“ zu stellen — ein höchst unsinniges Selbstlob, denn eine Partei, die gegen sich selber handeln muß, um dem Vaterlande zu dienen, ist keinen Schutz Pulver wert — diesmal aber sind gerade und ganz offenbar kurz-sichtige Gründe der Parteitaktik den wirklichen vaterländischen vorangegangen. Der Zentralvorstand irrt jedoch gründlich, wenn er meint, daß mit einer nationalistisch-demagogischen Opposition parteipolitische Geschäfte zu machen sind.

Ob die nationalliberale Reichstagsfraktion ihre besonnene Haltung vom 19. Juli aufgeben und auf Geheiß des Zentralvorstandes in offener Parlamentsarena alldeutsche Purzelbäume schlagen wird, steht noch dahin. Sie könnte damit wohl ihren alten Spitznamen „Fraktion Drehscheibe“ wieder zu Ehren bringen, das wäre aber auch die einzige Ehre, die sie aus solchem Gehaben davon-trüge!

„Amtliches“ Treiben.

Die Landwirtschaftliche Gesellschaft in Labiau hat unter dem Vorsitz des Landrats *Wacmeister*, der selbst zu den

Gründern der „Vaterlandspartei“ gehört, den Beitritt zur neuen Partei beschlossen. Und zwar geschah dies mit einer höchst geschmackvoll — wir wissen nicht, ob vom Landrat selbst — gereimten „Begrüßung“, in der er es heißt:

Wir sollten erliegen der vaterlandslösen, der feindlichen

Trug-Partei,

So schnitt man zu Niemen ganz sicher auch unsere

Haut entzwei!

Wer sollte dann wohl ehrlich Recht noch sprechen,

Wenn über größte Staatsverbrechen

Die Feindes-Meute schad' froh lacht?!

Im selben Ort veranstaltete Major *Hübner* (!), Führer des dortigen Landsturm-Ersatz-Bataillons (!), eine Versammlung, in der zunächst „ein hargrierter Feld-grauer“ über den „Wirtschaftskrieg unserer Feinde“ sprach. Sodann forderte Landsturmrat *Kuwert* die Anwesenden auf, „in dem inneren Kampfe unserer Regierung den Rücken zu stärken“ und der Vaterlandspartei beizutreten. In einem Aufruf, der die Unterschrift des Landrats trägt, werden „alle vaterländisch Gesinnten“ zum Beitritt aufgefordert. Die „Labiauer Kreiszeitung“ verwendet natürlich täglich Spalten auf Spalten ihres amtlichen Papiers, um für die neue Partei die Reklametrommel zu rühren.

Es ist begreiflich, daß niemand, der abhängig ist, diesem Druck widerstehen kann. Einzig und allein der Superintendent *Nikolaiski* hat seine Unterschrift unter dem Aufruf wieder zurückgezogen, als er den eigentlichen Zweck dieser „vaterländischen“ Gesellschaft erkannte.

Man wird sagen: das ist Labiau! Aber in Berlin ist es auch nicht viel anders, wie wir schon wiederholt festgestellt haben. Jetzt schreibt Herr *v. Gerlach* in der „Welt am Montag“:

Da der „Vorwärts“ angekündigt hat, im Reichstag werde man gründlich auf die Sache eingehen, so darf man sich wohl auf ganz interessante Enthüllungen gefaßt machen. Für meine Person darf ich inzwischen bemerken, daß auch zu mir Beamte gekommen sind und sich in bitteren Worten über den moralischen Druck beklagt haben, den ihre Vorgesetzten auf sie auszuüben verühten, um sie zum Eintritt in die Vaterlandspartei zu veranlassen. Sie erzählten, man habe ihnen gesagt, wenn sie den Beitrag — eine ganze Mark! — nicht zahlen könnten, so schade das nichts. Die Hauptsache sei, daß ihre Namen in die Listen kämen.

Und wie kommen Namen in die Liste! In Breslau ist eine solche Liste veröffentlicht worden, die folgende wundervolle Unterschrift trägt: „Postdirektor *Linde* nebst 78 Beamten des Postamts 1.“ „Recht“ ist ausgezeichnet! Ein paar hochgestellte Personen nebst allem, was von ihnen abhängig ist — das ist die ganze „Deutsche Vaterlandspartei“.

Versammlungsrecht und Belagerungs-zustand.

In einer kleinen Anfrage hatte Reichstagsabgeordneter *Genoffe* Jädel darauf hingewiesen, daß im Bereich des 6. Armeekorps sämtliche Gewerkschaftsversammlungen, auch solche, in denen zu bestimmten Arbeits- und Lohnfragen Stellung genommen werden sollte, einfach verboten worden sind. Darauf ist jetzt folgende Antwort der Regierung, gez. *Dr. Helfferich*, eingelaufen:

Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos des 6. Armeekorps sind seit Anfang August Mitglieder-versammlungen, in denen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtert werden, sowie nicht öffentliche Versammlungen wieder zugelassen.

Ausweisung österreichischer Juden aus Preußen.

Auf eine kleine Anfrage der Abgg. *Bauer*, *Davidsohn* und *Scheidemann* (Sog.) erwidert die Regierung, daß die Annahme, es seien aus der Provinz Posen und den Regierungsbezirken *Oppeln* und *Breslau* die österreichischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens ausgewiesen worden — ungeachtet jahrzehntelanger Ansfässigkeit und guter Führung —, nicht den Tatsachen entspreche. Ausweisungen seien nur erfolgt, wenn Ausländer, ohne Unterschied ihres Religionsbekenntnisses, sich durch strafbare Handlungen oder unlauteren Geschäftsbetrieb lästig gemacht hätten. Namentlich seien eine Anzahl Kohlenhändler wegen fortgesetzten Schleichhandels ausgewiesen worden.

Das Hennigsdorfer Explosionsunglück

ist Gegenstand einer kleinen Anfrage, die der Abg. *Stahl* (Sog.) an den Reichskanzler richtet. Die Anfrage hebt hervor, daß der Sachschaden in Hennigsdorf zum größten Teil dadurch entstanden ist, daß Betriebsabteilungen der A. E. G. sich unmittelbar in bewohnten Teilen des Ortes befanden, was z. T. jetzt noch der Fall ist. Der Reichskanzler wird gefragt, was er zu tun gedenkt, um derartige Gefahren und Schäden in Zukunft zu verhindern.

Berichtigung. In unserer gestrigen Notiz „Ein Schrei nach Jenseit“ wird mitgeteilt, daß der von uns zitierte Aufsatz der „Anthropologisch-Politischen Monatschrift“ nicht der Jenseit vorgelegen hat.

Letzte Nachrichten.

Ein litauischer Landesrat.

Berlin, 24. September. Ueber die Bildung eines Landesrates für Litauen wird der Korrespondenz *V. aus Wilna* vom 23. September meldet: In Wilna, der alten Hauptstadt Litauens, in der auch heute noch das politische Leben des Landes seinen Mittelpunkt hat, ist, wie den Berichten der unabhängigen litauischen Zeitung „*Liutanos Aidas*“ (Litauisches Echo) zu entnehmen ist, soeben ein Landesrat ins Leben getreten. Es traten über zweihundert führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen und Ständen Litauens zu Beratungen zusammen, in deren Verlauf am 21. September eine litauische Vertretung des Landes gewählt wurde. Diese setzt sich zusammen aus zwanzig Litauern aller Parteischattierungen. Die zwanzig gewählten Vertreter des litauischen Volkes beschloßen den Wortlaut einer Adresse an den Oberbefehlshaber Ost-Pringen *Reopold* von Bayern, in der um die Einsetzung einer Landesvertretung für Litauen gebeten wird. Am 23. September überreichten die litauischen Mitglieder des Landesrates unter Führung von *Dr. Wassanovicus* die beschlossene Adresse und erhielten darauf durch den Verwaltungschef *Oberleutnant Fürsten* von *Hessenburg-Wirtheim* die Antwort des Oberbefehlshabers Ost. Hierbei wurden die durch die Landesversammlung vorgeschlagenen Persönlichkeiten durch den Verwaltungschef im Auftrage des Oberbefehlshabers Ost zu Mitgliedern des Landesrates ernannt. Außerdem betonte der Vertreter der Minoritäten des Landes entsprechend er-gänzt werden würde.

Gewerkschaftsbewegung

Die Werkstattschreiber und Schreiberinnen und Hilfsbeamtinnen der Firma Daimler,

Die im Verband der Bureauangestellten organisiert sind, haben der Direktion im Monat August verschiedene Forderungen unterbreitet. Die Direktion erklärte sich bereit, mit einer von den Angestellten gewählten Kommission zu verhandeln. Diese Verhandlung führte auch zu einer Verständigung. Die gewährten Erhöhungen der Löhne und Feuerungszulagen bedeuten bei den männlichen Angestellten eine durchschnittliche Zulage von 10 M. pro Woche, bei den weiblichen eine solche von 7 M. pro Woche. Besonders wichtig war, daß nunmehr eine bestimmte Lohnskala für die in Frage kommenden Angestellten festgelegt wurde. Es werden demnach jetzt pro Woche gezahlt: Für Werkstattschreiber und Hilfsbeamtinnen nach Jahren von 16—21 Jahren von 19 M. bzw. 21 M., aufsteigend nach 16wöchiger Tätigkeit bis zu 23 M. bzw. 25 M. Der Gehalt der Angestellten über 21 Jahre beginnt mit 33 M. und steigt in 16 Wochen auf 37 M.; über 21 Jahre alt und ein Jahr bei der Firma 40 M. Die bereits im Genuß der 40 M. stehenden Angestellten erhalten 42,50 M. Die länger als drei Jahre bei der Firma Tätigen erhalten ab 15. Oktober 1917 45 M., dazu 12 M. Kriegszulage für Verheiratete, 8 M. Kriegszulage für Unverheiratete und 2,50 M. für jedes schulpflichtige Kind.

Die Entlohnung der weiblichen Angestellten hat folgende Regelung erfahren: Die Hilfsbeamtinnen im Alter von 16 bis 19 Jahren erhalten anfangs 18 bzw. 20 M., steigend nach 16wöchiger Tätigkeit auf 20—22 M. Die über 19 Jahre alten bekommen 21—23 M.; über 19 Jahre alt und ein Jahr bei der Firma 25 M. Dazu kommen 8 M. Kriegszulage für Verheiratete und Unverheiratete und 2,50 M. für jedes Kind. Die gewährten Zulagen werden ab 20. August d. J., dem Tage der Einreichung der Forderungen, nachgezahlt.

Durch die Einmütigkeit der Angestellten und das Entgegenkommen der Firma ist hier eine Vereinbarung erzielt, die zwar die Angestellten nicht in allen Punkten zufriedenstellt, aber doch eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Bisherigen darstellt. Alle Angestellten sollten daraus die Lehre ziehen, daß nur durch Einigkeit und den Zusammenschluß in der Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden können. Der Eintritt in den Verband der Bureauangestellten (Bureau: D. 27, Dirschstr. 41) ist daher ein Lebensinteresse jedes Industrie-Bureauangestellten.

Aus dem Kriegsausschuß für das Schneidergewerbe.

Wegen der Verzögerung der Anzüge für die Kraftfahrabteilung haben, wie wir wiederholt berichteten, schon des öfteren vor dem Kriegsausschuß und der Schlichtungskommission für das Schneidergewerbe Verhandlungen stattgefunden. So fand am Mittwoch eine Klage vor dem Kriegsausschuß gegen den Zwischenmeister Seidel und dessen Arbeitgeber, die Firma Fink, an. Der Zwischenmeister erklärte, selbst weniger Lohn erhalten zu haben als er seinen Arbeitern zahlen sollte. Seitens der Firma war ein Schreiben eingegangen, worin sie behauptete, daß sie mit der Angelegenheit gar nichts zu tun habe, vielmehr der Zwischenmeister allein wegen der Angelegenheit haftbar sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Firma in gar keiner Hinsicht darauf achtet, ob die von ihr beschäftigten zahlreichen Zwischenmeister den Arbeitern auch den vorgeschriebenen Lohn zahlen. Es wurde daher beschlossen, an Hand der Bücher der Firma die Zahl der Stücke festzustellen, die der beklagte Zwischenmeister angefertigt hat, um so zu ermitteln, welche Lohnsumme den Arbeitern zu wenig gezahlt ist. Im übrigen wurde festgestellt, daß die Zwischenmeister der Firma Fink entgegen den tariflichen Bestimmungen Wochenlöhne zahlen. Es darf darauf hingewiesen werden, daß nach den tariflichen Bestimmungen nunmehr die Schlichtungskommission zur Entscheidung von Streitigkeiten wegen dieser Arbeiten ebenfalls vorgesehen ist und daß ein genauer Tarif nach dem sich die Unternehmer und Zwischenmeister zu richten haben.

Der Arbeiterschuß der Firma Beck u. Cloppenburg erhob gegen die Firma Klage, weil den Arbeitern in diesem Jahre die Ferien nicht gewährt worden waren. Im März d. J. war mit der Firma eine Vereinbarung getroffen worden wegen der Erhöhung der Löhne, wonach dieselbe sich bereit fand, auch während der damals noch bestehenden beschränkten Arbeitszeit von 40 Stunden die Woche die Lohnhöhe von 20 Proz. entsprechend der Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu zahlen. Da die Firma während der verkürzten Arbeitszeit auch im vorigen Jahre den vollen Lohn zahlte, so hatten die Arbeiter damals auf die Ferien verzichtet. In diesem Jahre verlangten sie hingegen die Ferien, weil seit Ende Mai die neunstündige Arbeitszeit bestand. Seitens der Firma wurde erklärt, sie werde den Arbeitern bei voller Arbeitszeit selbstverständlich die Ferien gewähren. Dagegen habe sie wie im vorigen Jahre, so auch in diesem Jahre wegen der verkürzten Arbeitszeit davon Abstand genommen. Der Kriegsausschuß machte den Vergleichsvorschlag, daß den Arbeitern mit Rücksicht hierauf im nächsten Jahre ein längerer Urlaub gewährt werde und damit für dieses Jahr die Urlaubsangelegenheit erledigt sei. Dem stimmten beide Parteien zu.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Bei der Verhandlung in einer der letzten Sitzungen des Kriegsausschusses erhielten die Firma C. u. G. in Trepow in einem recht eigentlichen Sinne. Ein Arbeiter hatte mit Zustimmung der Firma das Arbeitsverhältnis gelöst und seinen Abschied bekommen. Nachträglich hat die Firma an das Generalkommando geschrieben und ersucht, den Arbeiter einzuziehen. Das Generalkommando hat dem Kriegsausschuß die Sache zur Nachprüfung zugesandt. Bei der mündlichen Feststellung in der Sitzung des Kriegsausschusses konnte der Vertreter der Firma irgendeinen sachlichen Grund für das Verhalten der Firma nicht angeben. Das einzige, was nach längerer Auseinandersetzung an Gründen angegeben wurde, war, daß die Firma glaube, im allgemeinen Interesse der Firma sei es zweckmäßig, so wie geschehen zu verfahren. Es sind ja schon manche derartige Fälle vor dem Kriegsausschuß behandelt worden, aber so kraß wie hier trat es noch niemals in die Erscheinung, welcher Mißbrauch mandata von Firmen in Fragen der Reklamation getrieben wird. Vielleicht tragen diese Fälle dazu bei, daß endlich einmal die Militärbehörden in jedem Fall auf einseitige Mitteilung von Arbeitgebern von irgendwelchen Maßnahmen gegen reklamierte Arbeiter absehen.

Von Wichtigkeit ist auch folgender Fall: Der Töpfer K. hatte sich nach der Aufforderung an alle Hilfsdienstpflichtigen in einem Staatsbetriebe in Spandau Arbeit gesucht und war dort als Transportarbeiter eingestellt. Da er Töpfer ist, glaubte er Anspruch darauf zu haben, trotzdem er als Transportarbeiter beschäftigt ist, den Tariflohn der Töpfer zu erhalten, und berief sich hierbei auf den § 8 des Gesetzes. Der Kriegsausschuß konnte sich aber dem Verlangen des Töpfers nicht anschließen. Von Zuweisung nach einem kriegswirtschaftlichen, wichtigen Betriebe war nicht die Rede, der Töpfer ist freiwillig in den Betrieb in Spandau eingetreten und hat dort Beschäftigung als Transportarbeiter angenommen. Der Kriegsausschuß, der um Entscheidung ersucht war, lehnte den Anspruch des Töpfers ab.

Der Bauknecht D. von der Firma D. will einen Abschied, weil er mit dem Tariflohn nicht auskommen könne. Die Firma erklärte, daß sie mit Rücksicht auf andere Firmen, mit denen sie sich verständigt habe, nicht mehr als den im Tarif festgesetzten Lohn zahlen dürfe. Im Kriegsausschuß wird festgestellt, daß der im Tarif festgesetzte Lohn nur den Mindestlohn darstelle, unter dem nicht entlohnt werden dürfe. Aber das sage noch lange nicht, daß jeder Knecht nun mit dem Mindestlohn zufrieden sein müsse. Es sei durchaus das Recht eines jeden Knechtes, mehr als den Mindestlohn zu fordern, wenn seine Leistungen entsprechend sind; nur könne nicht

von Organisations wegen etwas unternommen werden, wenn die Firma sich weigert, mehr zu zahlen. Die Beschlußfassung des Kriegsausschusses könne aber durch derartige tarifliche Abmachungen nicht beeinflusst werden, denn der Kriegsausschuß entscheidet lediglich darüber, ob der gezahlte Lohn angemessen ist oder nicht. In diesem Falle wurde der Firma aufgegeben, entweder dem Knecht eine Zulage von 15 Pf. für die Stunde oder den Abschied zu geben.

Der Schlosser H. der Dreher G., der Schlosser R. und der Schlosser V. sind in Eisenbahnbetriebswerkstätten beschäftigt und wünschen wegen zu geringem Lohn ihren Abschied. Bei Erledigung dieser Fälle werden mehrere behördliche Schreiben vorgelegt, worin der Kriegsausschuß ersucht wird, die Beschweideführer darauf aufmerksam zu machen, daß sie nur für die Arbeiten in Eisenbahnbetriebe zurückgestellt sind und eventuell damit rechnen müssen, daß sie, wenn sie aus dem Bereich der Eisenbahnwerkstätten hinausgehen, eingezogen werden. — Der Kriegsausschuß stellt sich wie vor dem in ähnlichen Fällen auf den Standpunkt, daß die Tätigkeitsart und damit zusammenhängende Bestimmungen des Kriegsausschusses die Entscheidung des Kriegsausschusses, ob Abschieden oder nicht, durchaus nicht berühren könne und dürfe. Obwohl der Kriegsausschuß nicht verpflichtet ist, den Inhalt der behördlichen Schreiben weiterzugeben, wolle der Kriegsausschuß dem Gesuchen nachkommen, da sonst möglicherweise die Beschwerdeführer dem Kriegsausschuß Vorwürfe machen könnten, wenn sie wirklich eingezogen werden sollten. Im übrigen erlachte der Kriegsausschuß auf Erteilung des Abschieds an sämtliche Beschwerdeführer.

Parteinachrichten.

Zum Parteitag.

In einer gutbesuchten Parteiverammlung des Reichstagswahlkreises Dresden-N. wurde nach einem Vortrag des Genossen Dr. Gradnauer über den Parteitag einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Parteiverammlung erneuert die früheren Beschlüsse des Wahlkreises hinsichtlich der Politik der Partei in der Kriegszeit und spricht die Ueberzeugung aus, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion ihre Pflicht gegenüber den Interessen der Arbeiter voll erfüllt haben. Im übrigen fordert die Resolution einen Verständigungsfrieden und die Demokratisierung im Reich und in den Bundesstaaten. Zu Delegierten für den Parteitag wurden die Genossen Hamann und Voigt gewählt.

Unabhängige gegen den Verständigungsfrieden.

In einer mächtigen Dresdener Versammlung hatten sich die Unabhängigen nicht gegen die Redner Köske und Siederer vorgetragen. Sie hatten sich zwei Tage früher mit einer Volksversammlung in einem der größten Säle Dresdens versammelt, es waren aber trotz großer Bemühungen nur 300 Männlein erschienen, so daß der Versuch kläglich scheiterte.

Dagegen gelang es ihnen am Sonnabend, die im Blauenischen Grunde (Gothof Döhlen) einberufene Friedenskundgebung, in der die Genossen Köske und Siederer sprechen sollten, zu sprengen. An diesem Hauptplatz unabhängiger Redner gelang es den Quertreibern leicht, einige Hundert Mann, zumeist irreführte jugendliche Personen, in die Versammlung zu dirigieren, die unter der Leitung Fleischers, der am Tag vorher in dem unabhängigen Organ dazu aufgefordert hatte, ohne ersichtlichen Grund den Genossen Köske durch Lärm am Sprechen zu hindern. Als die Versammlungsleitung sah, daß gegen diesen Rückfall in die antisemitische Rabatattil nicht aufzukommen war, wollte sie wenigstens die Resolution zur Abstimmung bringen. Dabei bewährten sich die Unabhängigen aber erneut dadurch als Störer der Friedensbestrebungen, daß sie gegen die einen Verständigungsfrieden fordernde Entschließung stimmten. Tiefer geht's nimmer.

Totenliste der Partei.

Im Krankenhause zu Sonneberg (S. M.) starb am 19. September der Genosse Emil v. d. Behd im Alter von 41 Jahren. Der Verstorbene war seit über 20 Jahren im dortigen Bezirk für die Partei, Gewerkschaften, Genossenschaft und Volksfürsorge unermüdet tätig. Er bekleidete zahlreiche Vertrauensposten. Dabei blieb er immer der bescheidenste Heimarbeit, dessen ganzes Streben der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus galt. Vor wenig Monaten kam er als Landsturmmann in Feindesland, wo er sich den Todeskeim holte; krank kehrte er zurück und starb nach kurzer Zeit, geachtet von den Gegnern und betrauert von seinen Freunden.

Soziales.

Der dringende Krankheitsfall.

Nach § 368 der Reichsversicherungsordnung hat die Kasse die Bezahlung eines in dringenden Fällen zugezogenen Arztes vorzunehmen. Das ist, wie das Reichsversicherungsamt in einer Revisionsentscheidung vom 6. März 1917 entschieden hat, auch dann der Fall, wenn die Dringlichkeit durch das Verhalten des Kranken verschuldet ist. Das Versicherungsamt hatte den Anspruch abgelehnt, weil die Klägerin gegen die Krankenordnung verstossen habe, indem sie ohne Zustimmung der Kasse den Arzt gewechselt habe, und daher sei auch die Kasse nicht verpflichtet, die durch die Zuziehung des anderen Arztes entstandenen Kosten zu tragen.

Das Oberversicherungsamt nahm an, daß die Zuziehung des anderen Arztes dringend gewesen sei, aber die Klägerin habe dadurch, daß sie sich aus der Wohnung ihrer Dienstherrschaft in die allerdings am gleichen Ort befindliche Wohnung ihrer Eltern begeben habe, die Dringlichkeit verschuldet. Die Kasse sei nur verpflichtet, das zu zahlen, was sie bei der weiteren Behandlung durch den ersten Arzt auch zu zahlen gehabt hätte. Auch das Reichsversicherungsamt hat einen dringenden Fall für vorliegend erachtet. Es sagt:

Die Klägerin war nach den Feststellungen des Dr. S. so schwer erkrankt, daß sie nicht imstande war, selbst den Arzt aufzusuchen, und bedurfte sofortiger ärztlicher Behandlung. Der von ihr angegangene Kassenarzt Dr. H. hatte die Behandlung verweigert. In solchen dringenden Fällen darf die Kasse gemäß § 368 der Reichsversicherungsordnung die Bezahlung des hinzugezogenen Arztes nicht ablehnen. Auch ist in einem derartigen Falle der Versicherte, sofern die Kassenabrechnung eine Bestätigung nach § 369 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung enthält, befugt, den Arzt ohne Zustimmung des Kassenvorstandes zu wechseln (zu vergleichendem Hohn, Handbuch der Krankenversicherung, 8. und 9. Auflage, Anmerkung 8 zu § 369). Der Ansicht des Oberversicherungsamts, daß jene Verpflichtung der Kasse dann nicht gegeben sei, wenn der Versicherte die Dringlichkeit des Falles durch sein Verhalten verschuldet habe, kann nicht beigetreten werden. Eine solche Einschränkung des § 368 a. a. D. ist im Gesetz nicht vorgeschrieben (zu vergl. Hahn a. a. D. Anm. b zu § 368 der Reichsversicherungsordnung). Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung haben die Krankenkassen ihren Mitgliedern Krankenpflege unabhängig davon zu gewähren, ob das Leiden oder seine Verschärfung von dem Versicherten verschuldet ist, und ob die Versicherungen gegen die Krankenordnung oder gegen ärztliche Vorschriften verstossen haben. Selbst in den Fällen des § 192 der Reichsversicherungsordnung, insbesondere bei vorsätzlicher Zuziehung der Krankenkasse, kann nicht die Krankenpflege, sondern nur das Krankengeld verweigert werden. Zur Krankenpflege gehört die ärztliche Behandlung (§ 182 Nr. 1 a. a. D.), die in dringenden Fällen auch durch einen anderweitig hinzugezogenen Arzt gewährt werden muß. Die Beklagte würde also von ihrer Verpflichtung zur Bezahlung der entstandenen Arztkosten selbst dann nicht befreit sein, wenn die Klägerin durch ihr Verhalten die Verschärfung ihrer Krankheit herbeigeführt hätte und dieses Verhalten ein Verschulden darstellte. Es bedarf sonach keiner Prüfung, ob für diese beiden

dem Oberversicherungsamt getroffenen Feststellungen überhaupt irgendwelcher Anhalt gegeben ist. Vielmehr war die Beklagte unter Aufhebung des angefochtenen Urteils und der Vorentscheidung des Reichsversicherungsamts zur Bezahlung der durch die Behandlung des Sanitätsrats Dr. S. entstandenen Kosten, deren Höhe nicht beanstandet ist, im vollen Betrage von 50 M. zu verurteilen.

Lebensversicherung und Krieg.

Das neue Reichswirtschaftsamt, das beim Zusammentritt des Reichstags endgültig ins Leben tritt, hebt vor großen und wichtigen Aufgaben. Auf eine dringende Aufgabe müßten die neuen Herren aufmerksam gemacht werden: auf die baldige Erledigung des vom Reichstag einstimmig angenommenen Antrages, dafür zu sorgen, daß die infolge des Krieges eingestellten Lebensversicherungen ohne Nachteile der Versicherten nach Schluß des Krieges wieder in Kraft gesetzt werden können. Daß es sich dabei um wichtige Interessen handelt, geht daraus hervor, daß im Jahre 1916 allein bei der Volksversicherung beruhtungslos verfallen sind bei der Gesellschaft „Friedrich Wilhelm“ 42 349 Versicherungen mit 9 867 439 M., bei der „Victoria“ 25 771 Versicherungen mit 7 505 820 M., bei der „Hamburg-Mannheimer“ 17 808 Versicherungen mit 3 849 960 M. und bei der „Aduna“ 10 807 Versicherungen mit 2 813 041 M. Versicherungssumme.

Dabei handelt es sich meistens um kleine Leute und in den meisten Fällen wohl um Kriegsteilnehmer, bei den Gesellschaften dagegen um reiche, leistungsfähige Unternehmungen, die im Kriege glänzende Geschäfte machten.

Industrie und Handel.

Silbertenerung.

In den letzten Jahrzehnten hat das Silber im Verhältnis zum Golde eine rasche und große Entwertung erfahren, was auf alle bisherigen Währungssysteme fast zurückgewirkt hat. Wenn die Silbermünzen in einem bestimmten Verhältnis zu den Goldmünzen standen, sagen wir wie 1 zu 15, und der Preis des Silbers so sehr sank, daß sich das Feinsilber zum Feingold verhielt wie 1 zu 16, so wurde es rentabel, Silbermünzen in losen Mengen auszuprägen und damit Goldmünzen zu kaufen, die so aus dem Verkehr verschwanden. Diese Mißstände waren die Ursache, daß man fast überall von der Doppelmünze zur mehr oder minder strengen reinen Goldwährung übergegangen ist. Nun hat aber der Krieg die entgegengelegte Preisbewegung des Silbers entstehen lassen. Die merkantilen Silberminen geben seit langem nur ein geringes Erträgnis. Nach den Ländern, die noch die Silberwährung haben, wie China, Indien und Ägypten, fließen gewaltige Silbermengen ab. Schließlich wurde Silber auch für industrielle Zwecke verwendet. So kam es, daß das kilo Silber heute im Ausland 300 M. kostet (höchstens für Deutschland 175 M.). Darum ist der Gedanke aufgetaucht, in Deutschland große Silbermengen neben den Goldmünzen zu veranlassen und Silber auszuführen. Man schätzt die erzielbare Menge auf 500 000 Kilogramm und glaubt, durch diese Ausfuhr ein Guthaben im Auslande von 150 Millionen Mark schaffen zu können, das zur Bezahlung ausländischer Waren ohne Angebot von Marknoten sehr erwünscht wäre. Jene Länder, welche Silberwährung haben, oder in denen Silber in großen Mengen gewonnen wird, haben jetzt, wenn man so sagen darf, goldene Zeiten. Das sind in erster Linie China, dessen Tael von 2,40 Mark auf 5 Mark im Werte gestiegen ist, und Mexiko, das vielleicht infolge seiner großen Silbererträge zu einer Reorganisation seiner ganzen Staatswirtschaft kommen kann.

Der russische Zusammenbruch und die Entente.

Der russische Zusammenbruch wirkt nicht nur politisch und militärisch katastrophal auf die Entente, sondern auch finanziell. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten haben Milliarden-Guthaben in Rußland, die zum Teil in englischer, französischer oder amerikanischer Währung rückzahlbar und verzinsbar sind, zum Teil aber auch in russischer Währung. Nun zahlte man für 10 Pfund Sterling (200 Mark) im Frieden etwa 96 Rubel, heute zahlte man 250. Aber dieser hohe Preis des Sterlings bzw. niedrige Preis des Rubels ist künstlich festgelegt. Nach dem Normalschicht Staatsstreich stieg der Preis von 10 Pfund Sterling auf 400 Rubel oder mit anderen Worten, der Wert des Rubels ist auf 25 Proz. seines Friedenswertes gesunken. Die Folge ist eine ungeheure Entwertung aller englischen, französischen und amerikanischen Guthaben in Rußland, die auf Rubel lauten und in Rubel verzinslich sind. Auch die englischen Finanzblätter gestehen zu, daß die russischen Konten abgeschrieben werden müssen; es ist aber fraglich, ob alle Firmen dies können oder ob wenigstens einige an dem russischen Zusammenbrüche selbst zusammenbrechen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Das Stahlwerk Beder in Bielefeld, das sein Aktienkapital im Vorjahr von 8 auf 16 Millionen Mark erhöhte, verteilt 25 gegen 30 Proz. Dividende. Dieses Stahlwerk hat sich durch Herstellung von Qualitätsstahl im Kriege ganz außerordentlich erhöht, wenn man auch infolge der außerordentlich großen Erweiterungsbauten eine gewisse Anspannung der Bilanz zeigt. Doch dürften stille Reserven in großem Umfang vorgenommen worden sein. Das Werk hat sich auch in Berlin niedergelassen. Der Geschäftsbericht teilt mit, daß die Abteilung Reinickendorf (früher Albert Heise u. Co., A.-G.) mit Beginn des neuen Geschäftsjahres den vollen Betrieb aufgenommen hat und zunächst der Herstellung automatischer Waffen dient. Der Auftragsbestand ist doppelt so groß wie im Vorjahr.

Eingegangene Druckschriften.

Mitteilungen aus Spanien. Heft 1. Organ der Arbeitsgemeinschaft deutsch-spanischer Gesellschaften.
Kriegsallot: Die Offensive 1917. Blatt 3, von Ostende bis Lille. 30 Hf. Militärische Verlagsanstalt, München.
Die Wohnungsfrage vor und nach dem Kriege. Von Karl Johannes Busch. 4 M. Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Afrisische Kriegsgeselle. Von David Lintsch. 1,50 M. Verlag Söllert & Co. m. b. H., Berlin.
Die deutschen Bauern in Südrussland. Von E. Schmid-München. 1 M. Deutsche Landbuchhandlung, Berlin.
Das Doppelgeseht. Von Otto Descoevich. 3 M. Karl Siegismund, Berlin.
Fischer. Dramatische Dichtung von Paul Friedrich Schröder. 75 Pf. Hermann Kailash, Berlin.
Die deutsche Volksernährung. Von R. E. Ros. 5 M. Dunder u. Humblot, München und Leipzig.
Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer. Von Dr. v. Bartsch. C. Hoesl, Hamburg.
Das Verbrechen am Verbrecher. Dr. R. Buhmann. 2,70 M. Ray Dreßler, Bam.
Das Versicherungsgeheim für Angestellte. 60 Pf. Verlag von Fiedler u. Kornen, Essen.
Ein Kampf um die Scholle. Von Jean Paul v. Ardesch. Eugen Diederichs, Jena.
Nachblatt für Holzarbeiter. August-Heft. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin.
Polen. Räter- und Länderkunde von Dr. E. Jäger. 6 M. H. Perthes, Gotha.
Judo! Judo! Studien zur Weltkrise. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Fr. Sitte. Preis 3,60 M. Verlag Hugo Bruchmann, München.
Zum Weltkrieg. Von Dr. Karl Peters. 3 M. Ruische Verlagsbuchhandlung, Hamburg 33.
Hindenburg als Generalstabchef im Spiegel der großen Zeit. Von Ernst Walter. 1 M. H. Reichenow, Charlottenburg.
Der bewohnte Jernan. Von Adolf Paul. Romödie. 2 M. Albert Langen, München.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Heftes: Alfred Scholt, Kaufmann; für Inserate: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchverlag, a. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Gierke 2. Heft und Unterhaltungsblatt.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Referate zum Würzburger Parteitag.

Der vierte Punkt der vorläufigen Tagesordnung des Würzburger Parteitages lautet bekanntlich: „Die nächsten Aufgaben der Partei.“ Um eine gründliche Diskussion zu ermöglichen, ist das unabsehbar weite Gebiet in vier Teile zerlegt worden: 1. Demokratisierung; 2. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik; 3. Finanzpolitik; und 4. Unsere nächsten sozialpolitischen Aufgaben. Die Referenten, die Genossen Dr. Otto Landsberg, Heinrich Cunow, Wilhelm Keil und Rudolf Wisse II., haben diesmal ihre Berichte schriftlich eingereicht, die ersten drei geben wir hier im Auszug wieder. Auch das vierte Referat, das des Genossen Wisse über Sozialpolitik, wird noch rechtzeitig veröffentlicht werden.

Die Erörterung der Referate auf dem Parteitag wird mit einer zusammenfassenden Rede des Genossen Scheidemann beginnen.

Demokratisierung.

Referent Genosse Dr. Otto Landsberg.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wir sehen überall in der Welt von einem Ocean von Haß umbrannt. Fast jeder der wenigen noch neutral gebliebenen Staaten leidet ihm mehr oder weniger städtische Ströme zu. Wenn ein Staat nach dem anderen auf der Seite der Entente tritt, obwohl die Art, wie ihr Haupt, England, den Seekrieg führt, mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden für alle Neutralen verbunden ist, so kann diese Entscheidung nicht mit der „Allgewalt der englischen Lüge“ erklärt werden. Sicher verfolgen die herrschenden Klassen in allen den Staaten, die ihre Neutralität mit der Parteinahme für die Entente vertauscht haben, eigennützig Eroberungszwecke. Aber daß die drei großen Mächte überall ohne Widerstreben sich in den Kriegsstudien hineinziehen lassen, sie, die immer und überall geschlagen werden, wenn sie die Staaten bekriegen, beruht auf dem Wille, das man sich allenfalls von unseren innerpolitischen Zuständen macht und machen kann. Man sieht die militärische und wirtschaftliche Lächerlichkeit des deutschen Volkes. Man vergewaltigt sich die Zurückgebliebenheit seiner Verfassung, die alle Gewalt in die Hände einer schmalen Schicht und der aus ihr hervorgegangenen Obrigkeit legt, und man fühlt sich bedroht. Denn man sieht aus der Tatsache, daß eine auf höchste gesteigerte Volkskraft von einer herrschgewohnten Klasse, deren Pläne man nach zahlreichen aufsehenerregenden aggressiven Neuerungen beurteilt, nach Verleihen bewegt werden kann, den Schluß, daß der Weltfrieden nicht eher gesichert ist, bis Harmonie zwischen der tatsächlichen Kraft und der politischen Macht des deutschen Volkes besteht. Und ein solches Vorurteil richtet sich gegen ein Volk, dessen Friedensliebe schon dadurch gewährleistet wird, daß es die stärkste sozialdemokratische Partei hat, und dessen von politischer Klarheit entfernte Schichten die Wahlen nicht wirksamer zur Stimmabgabe für reaktionäre Parteien veranlaßt werden können, als durch das von diesen zu agitatorischen Zwecken beschworene Gespenst eines Krieges! Wir können unter dem Besthauch des Hasses der Welt nicht leben, und wir können ihn nur dadurch bannen, daß das deutsche Volk die Bestimmung seines Geschicks selbst in die Hand nimmt.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wie sollen wir die ungeheuren Verluste an geistiger Kraft, die der Krieg verursacht hat, ersetzen können, wenn die Befähigung der Führerposten der Nation auch weiterhin einer kleinen Volkschicht überlassen bleibt, die sich mit Notwendigkeit als eine dafür nicht ausreichende Basis erweisen muß, und wenn auch in Zukunft wertvolle Kräfte, die man in der Stunde der Not zu weiden und zu nutzen verstanden hat, abgestoßen und zur Verklümmung verurteilt werden! Die Demokratie weiß, daß die Völker der Führer auf dem Wege zur Kultur nicht entzweit können. Aber sie hält den Zustand, daß die Verantwortlichkeit auf die Führerstellen auf den Ständebärgen liegt, für unbillig und darum für unmöglich. Sie weiß, daß, solange Deutschlands bisherige Verfassung bestehen bleibt, an dem System der Vertikung aus Gründen der Klasse, der Rationalität, der Konfession nichts Wesentliches geändert werden kann. Eine Privilegiertenschicht, die das Best im Staat in der Hand hat, die sich für den Staat hält, die sich auf das Volk nur besinnt, wenn sie es braucht, wird sich nicht bestreben, die Volksmassen an die Seite zu legen; sie muß ihnen den Aufstieg zur Gleichberechtigung versagen, weil es sonst mit ihrer Herrschaft vorbei ist. Und der Obrigkeitssinn, der sich mit einer solchen Schicht auf Geheiß und Verleihen verbunden hat, muß in dasselbe Horn stoßen wie sie. Lieber dauert der Druck, der auf dem politischen Leben Deutschlands lastet, den Krieg, so kommt zu der furchtbaren Gefahr des Hasses der Welt gegen Deutschland die furchtbare Gefahr, daß die Massen des deutschen Volkes, die diesen Krieg nicht nur zur Abwehr der äußeren Feinde, sondern auch zur Eroberung der Freiheit im Innern führen, das Interesse am Staat verlieren. Der Druck im Innern würde dem Haß im Auslande Kräfte auf Verwirklichung seiner Ziele machen. . . .

Was braucht das deutsche Volk an Reformen?

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die volle Demokratie die Befreiung der Klassengegenstände zur Voraussetzung hat. Immerhin ist auch im Rahmen dieser Gegenstände ein beträchtliches Maß von Volksgeltung zu erreichen. Die arbeitende Klasse eines Staates, der in seinen Angehörigen Bürger und nicht Untertanen sieht, der ihrem friedlichen, gewaltlosen Mittel ablehnenden Streben nach Überwindung des Prinzips des wirtschaftlichen Individualismus durch das Sozialismus seine Hindernisse bereitet, wird sich als Teil ihres Staates betrachten und ihr Alles daran setzen, ihn zu erhalten und zu fördern. In einem solchen Staat, der mit dem ihn bildenden Volk eine Einheit ist, wollen wir Deutschland machen.

In einem Staate, der nichts anderes ist, als das durch die Verfassung organisierte Volk, ist kein Raum für ein persönliches Regiment. Die Politiker der Rechten betonen immer wieder die Notwendigkeit einer starken Monarchie und bezeichnen Bestrebungen, die auf eine Erweiterung der Volksrechte abzielen, als unvereinbar mit einer starken Königsgehalt. Eigentümlicherweise zeigt die Geschichte, daß noch jeder preussische Monarch, der eine wirklich kraftvolle Persönlichkeit gewesen ist, schwere Kämpfe mit diesen Vorlämpfern der Monarchie zu führen hatte, deren Verehrung monarchischer Herrschaftsgewalt danach rein platonisch zu sein scheint. Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat. Wirklich stark ist nur der Monarch, der an der Spitze eines freien, mit dem Staat zu einer Einheit verbundenen Volkes steht. Stark ist der Monarch, der die Ministerverantwortlichkeit nicht als Feigenblatt für sich in Anspruch nimmt, sondern sich gegenwärtig hält, daß sie ihm die größte persönliche Zurückhaltung zur Pflicht macht. Welchen anderen Inhalt hat die Einreichung der Ministerverantwortlichkeit, als den, daß die politischen Entscheidungen von den leitenden Staatsmännern, nicht

vom Monarchen selbst zu treffen sind! Die Ministerverantwortlichkeit ist eine Unmöglichkeit, wenn sie zur Verschleierung anderer gealter tatsächlicher Verhältnisse dient. Wirklich stark ist der Monarch, der nicht in den Tageskämpfen Partei ergreift. Und am stärksten ist der Monarch, der, wenn der von ihm geleitete Staat eine republikanische Verfassung hätte, die Aussicht haben würde, mit erdrückender Mehrheit zu seinem Präsidenten gewählt zu werden.

Parlamentarisches Regierungssystem.

In einer Verfassung, wie wir sie erstreben, muß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überlassen sein. Kann die Berechtigung dieser Forderung deutlicher bewiesen werden, als durch die Erfahrungen dieses Krieges? Die Völker brauchen und verdienen einen Frieden der Versöhnung. Die Staatsmänner lehnen es entweder ab, diesem Ziele nachzugehen, oder sie schlagen ungeeignete Wege zu ihm ein. In einem Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, die Führung auf dem Wege zu einem Frieden ohne Annexionen und finanzielle Vergewaltigungen an sich gerissen und das damit bewiesen hat, daß es die Notwendigkeiten der Zeit und der Völker besser verstanden hat, als die Staatslenker, muß eine Mehrheit vorhanden sein, die es ablehnt, die Entscheidung über die wichtige Frage im Leben der Völker bei einigen wenigen Männern zu belassen und es dem deutschen Volke ermöglicht, sie durch seine Vertretung zu treffen.

In einem Staat, wie wir ihn erlangen wollen, kann kein anderes als das parlamentarische Regierungssystem herrschen. Die Gewähr für persönliche Lächerlichkeit der leitenden Staatsmänner ist die denkbar größte, wenn ihre Ernennung auf Vorschlag einer zur Mehrheit gelangten Partei oder einer Gruppe von Parteien erfolgt, die dringend daran interessiert sind, keinen Mißgriff zu begehen, und die auf Grund einer langen politischen Tätigkeit ihrer Führer ein klares Urteil über ihre Befähigung haben. Und welche Fälle von Macht sticht über den Staat aus der Tatsache, daß eine feste Mehrheit hinter seinen leitenden Männern steht! Das Niederdrückende an der Adlon-Affäre war, daß Männer, denen man alle möglichen Defekte, bloß nicht einen Mangel an Klugheit und Kenntnis der innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes vorwerfen kann, den Weg unsauberster Hinterlist für geeignet halten konnten, um den Sturz des leitenden Staatsmannes herbeizuführen. Ist es etwa ein Zeichen von Sicherheit und Festigkeit der innerpolitischen Verhältnisse, wenn durch künstliche Herbeiführung eines Zwistes zwischen der obersten Zivil- und der höchsten Militärgewalt ein Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes und im politischen System herbeigeführt werden kann? Und spricht es für Solidität der politischen Verhältnisse, wenn mitten im Weltkrieg an der Spitze eines großen, in schwerer Gefahr befindlichen Volkes ein Mann treten kann, von dessen Kandidatur niemand eine Ahnung hatte, der niemals mit auswärtiger Politik sich beschäftigt hat und dessen Stellung zu den mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen völlig unbekannt ist, der es auch nicht für nötig gehalten hat, sich vor der Annahme des Amtes darüber zu unterrichten, ob er und seine politischen Anschauungen das Vertrauen der Volksvertretung haben? Man fragt sich, welches der Rechtmittel sein mag, auf Grund dessen ein solcher Mann erklären kann, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lasse, da doch die erste Voraussetzung einer führenden Stellung ein führender Geist ist. Ueber die Wirkung der Verleihung eines Amtes auf die Einsicht des Ernenneten sollte man sich seinen übertriebenen Vorstellungen hingeben. Und dient es etwa den Interessen des Volkes und des Staates, wenn es Konventionen von in jeder Beziehung unverantwortlich handelnden Personen beinahe gelingen konnte, auf den bei den in Deutschland zurzeit bestehenden Verhältnissen besonders wichtigen Posten des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes einen Mann zu bringen, dessen Ernennung die Kriegsstimmung in einem der mit uns im Kampfe liegenden Länder bis zur Siebende Höhe steigern können!

In unserer Zeit der Erschütterung ist man in Deutschland auf den Gedanken verfallen, auch einen Ersatz für das parlamentarische Regierungssystem herzustellen. Er besteht darin, daß man einige Parlamentarier an die Spitze höchster Reichs- und Staatsämter gestellt hat; so hofft man, sich die Unterstützung derjenigen Fraktionen zu sichern, aus denen diese Männer hervorgegangen sind. Auf diesem Wege kann die Volkskraft nicht in die Zentralstellen übertragen werden. Wämmer, die durch die Ernennung zu Ministern aus dem parlamentarischen Leben ausgeschieden und alle Herren ihrer Fraktionen werden, verlieren die Fühlung mit ihnen. Der Wert des parlamentarischen Regierungssystems liegt gerade in der Personalunion, darin, daß die Leiter der Parlamentsmehrheit es sind, die die Staatsgeschäfte führen. Die Zeit ist nicht fern, in der man die Kunde von der Art, wie bisher in Deutschland und Preußen Staatsmänner entsandt sind, für ein Märchen halten wird.

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß durch Verfassungsbestimmungen ein persönliches Regiment so wenig ausgeschlossen wie das parlamentarische Regierungssystem eingeschrieben werden kann, und daß die Umwandlung des Klassen- und Obrigkeitstaates in den Staat, der nichts anderes ist als die Gesamtheit seiner Bürger, diese Umwandlung, die zur Voraussetzung wie zur Folge die Befreiung des persönlichen Regiments und die Schaffung des parlamentarischen Regierungssystems hat, nicht das Ergebnis der Erweiterung der Reichsverfassung um einige Paragraphen sein wird. Befähigen wir diese Klarheit nicht, ein Bild auf den Artikel 4 der preussischen Verfassung würde sie uns beibringen. Wie schwer ist es, den Ernst zu bewahren, wenn wir seinen prachtvollen Wortlaut lesen: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Ständevorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Ämter sind unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Nein, das Ziel unseres Strebens kann nicht sein, Bestimmungen in die Reichsverfassung aufzunehmen, deren Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen dem Spott neue Gelegenheiten zur Betätigung gibt. Und ebenjowenig können uns Versprechungen genügen, die zwar deutlich erkennen lassen, daß diejenigen, die sie geben, sich in der Stunde der Not klar genossen sind über die begeisterte Wirkung, die dem Gedanken der Demokratie eigen ist, aber noch den Erfahrungen der Vergangenheit keine unbedingte Gewähr dafür bieten, daß diese Erkenntnis länger als die Not, die sie erzeugt hat, andauern wird. Die Erfüllung unserer Sehnsucht hängt davon ab, daß der Wille des Volkes sich in Reich und Staat und Gemeinde rein und unverfälscht zum Ausdruck bringen kann. Ein von allen Einschränkungen

freies gleiches Wahlrecht zu allen Körperschaften

würde das Streben, das das Volk bewegt und ihm die Zukunft so schön erscheinen läßt, daß es die bittere Gegenwart zu ertragen vermag, über alle Widerstände hinweg zum Siege gelangen lassen. Freies, gleiches Wahlrecht würde Mehrheiten in den parlamentarischen Körperschaften schaffen, die alles das hätten, was sie haben wollen, die mit allen Privilegien aufträumen, die die Machtmittel des Staates in den Dienst des Volkes stellen, die die Einheit zwischen Staat und Volk herstellen können und würden.

Wir fordern für alle Wahlen Beschleunigung der bisherigen Herangehens, weil wir überzeugt sind, daß die Befreiung des Volkes

mit politischer Bildung durch die Befreiung des Wahlrechts mit dem Beginn der Zeit der Reife gefördert wird.

Wir fordern das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen, weil der Gehalts des Frauenwahlrechts sich in der Kultur Gestaltung verhalten hat, und weil wir nicht wollen, daß Deutschland hinter England und Rußland zurückbleibt. Die Frau hat das gleiche Interesse an Krieg und Frieden, an freizeitlichen Einrichtungen, an Steuerfragen wie der Mann. Die Brause, daß sie ins Haus gehet, kann nach den Erfahrungen dieses Krieges nur noch aus dem Rucke eines Denkfähigen kommen. Niemand, der dem Verdacht völliger Urteilslosigkeit entgehen will, wird es wagen, sich zu der Ansicht zu bekennen, daß die Frau gegenüber dem Manne geistig minderwertig ist. Keiner der Gründe, die gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt werden, ist stichhaltig.

Wir fordern die Einführung des Verhältniswahlrechts, weil die Parlamente ein Spiegelbild des Volkswohls sein sollen, weil wir nicht wollen, daß irgendeine im Volke vorhandene beachtliche politische Strömung von der Vertretung in den gesetzgebenden Körpern ausgeschlossen ist.

Und wenn wir nicht alle diese Forderungen schon jetzt durchsetzen könnten, so haben wir jedenfalls daran niemals einen Zweifel aufkommen lassen, daß eine Wahlreform, die uns nicht eine auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende Neueinteilung der Wahlkreise im Reiche und das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten bringt, von uns nicht einmal als eine Abschlagszahlung, sondern als eine Verhöhnung des Volkes betrachtet werden würde, dem man volle politische Gleichberechtigung versprochen hat. Ein Pluralwahlrecht, das nach dem Erlass des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen vom 11. Juli d. J. abgelehnt ist, würde das Verhältnis zwischen Leistungen und Rechten des Volkes auf das höchste in die Erscheinung treten lassen und könnte niemanden befriedigen. Und das gleiche gilt von einem verdeckten Pluralwahlrecht, wie es in der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise enthalten ist. Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß auch die Vorsehung der überwiegend landwirtschaftlichen östlichen Wahlkreise mit geringer Einwohnerzahl gegenüber den großstädtischen Westwahlkreisen aufhören.

Wenn für ein Klassenwahlrecht in Deutschland kein Raum mehr ist, muß durch die Reichsgesetzgebung, wenn kein weitergehendes, so ihm mindestens das jetzt im Reiche geltende Wahlrecht für die Wahlen zu den einzelstaatlichen Parlamenten eingeführt werden. Die formelle Befugnis der Reichsgesetzgebung zu dieser Reform wird von keinem Sachkenner in Zweifel gezogen. Die materielle ergibt sich daraus, daß die volle politische Gleichberechtigung aller Schichten des deutschen Volkes eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist, und daß es darauf ankommt, diese Notwendigkeit auf der Linie des geringsten Widerstandes zu bewerkstelligen. In der Vergangenheit haben sich die ausständigen Wahlkreise hervorgegangenen Mehrheiten des preussischen und sächsischen Landtages sowie anderer bundesstaatlicher Parlamente zur Lösung der Wahlrechtsfrage unfähig gezeigt. Man erspare sich und ihnen die Probe darauf, ob der Weltkrieg ihnen die Augen geöffnet hat.

Wir Sozialdemokraten haben verlangt, daß der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags sich zunächst der Lösung der Wahlrechtsfrage in Reich und Einzelstaaten als der wichtigsten politischen Frage zuwenden. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte dies ab. Sie hielt es für angebracht, in erster Reihe die Reichsverfassung in anderen Beziehungen zu modernisieren. Wir allen gegen die konservativen Stimmen sollte der Ausschuß sodann eine Anzahl von Vorschlägen, deren wichtigste die Einführung der Verantwortlichkeit der Staatssekretäre, das Erfordernis der Mitwirkung des Kriegeministers bei der Ernennung der Offiziere und Militärgenoten des preussischen Kontingents und den Ausbau des Munizipalrechts der Reichstagsabgeordneten betreffen. Dies sind gewiß keine Dinge von erschütternder Bedeutung. Um so bezeichnender war der Sturmhauf, den die Konservativen im Verein mit dem Vertreter des Reichskanzlers, dem Ministerialdirektor Dr. Leinow, gegen die Bestrebungen der Mehrheit des Ausschusses unternahmen. Die ganzen Debatten hatten, so wenig ihr Gegenstand es rechtfertigte, daß die Tätigkeit des Ausschusses mit ihnen begann, das eine Ende, daß sie jedem ehrlichen Reformen in bürgerlichen Kreisen die Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Konservativen klar machten. Wie sehr übersehrt man die um Dehband, wenn man ihnen staatsmännische Befähigung zutraut! Was ihnen eigen ist, ist lediglich der Wille, von ihren Vorrechten keines fahren zu lassen.

Zu dem Verlangen, daß der Wunsch des Reichstags dem Reichskanzler den Rücktritt von seinem Amte zur Pflicht machen müsse, konnte sich die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses nicht aufschwingen. Wenige Wochen danach erlangten die Nationalliberalen im Hauptauschuß des Reichstags den Rücktritt des Reichskanzlers und hat das Zentrum zum Ausscheiden des Herrn von Reishmann Hohlweg aus seiner Stellung beigetragen, indem es ihn wissen ließ, daß er das Vertrauen der Zentrumsfraktion nicht mehr habe.

Bei der Verhandlung über die Wahlrechtsfrage im Verfassungsausschuß zeigte sich eine bedenkliche Minderwertigkeit der bürgerlichen Parteien. Vom Frauenwahlrecht wollten sie so wenig wissen wie von der Herabsetzung des Wahlalters und von der Verhältniswahl. Nur die großstädtischen Westwahlkreise sollten nach dem Willen des Ausschusses, der sich mit dem der Regierung insoweit deckte, eine Reihe neuer Kreise erhalten, was zu einer Vermehrung der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten führen muß. Damit sie in dessen nicht gar zu groß wird, soll in diesen Kreisen das Verhältniswahlrecht eingeführt werden, das eine Berücksichtigung der bürgerlichen Minderheiten gestattet.

Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses war bisher nicht geeignet, die Bekämpfer demokratischer Anschauungen zu befriedigen. Wer die Laune der bürgerlichen Parteien des Ausschusses ist nicht imstande gewesen, Schaden anzurichten. Dazu ist im Lande die Überzeugung von der Notwendigkeit einer völligen Umkehr unseres Regierungssystems zu sehr befestigt und verbreitet. Früher stand die Sozialdemokratie allein, wenn sie sagte: „Der Imperialismus hat uns in den Krieg hineingeworfen, die Demokratie muß uns von ihm befreien.“ Sie verlangt, daß man sie nicht erst zum Köhler heranzieht, wenn das Haus in Flammen steht, ihrem Schutze muß sich vielmehr das deutsche Volk in Zukunft anvertrauen, wenn es sein staatsloses Leben unter dem Segen des Friedens so führen will, daß es ihm möglich ist, alle seine Kräfte zu entfalten. Jetzt ist diese Anschauung Gemeingut der breiten Massen des Volkes geworden. Sie hat sich selbst auf Parteien übertragen, die früher von einer Vermehrung der Volksgeltung nichts wissen wollten. Unter dem Druck, der aus der durch das Volk gebundenen Bewegung stammt, mußte die Regierung nachgeben. Der Erlass des Königs von Preußen vom 11. Juli 1917, der das preussische Ministerium anweist, dem preussischen Abgeordnetenhause eine auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen abzielende Gesetzesvorlage so zeitig zu unterbreiten, daß die nächsten Wahlen unter der Herrschaft des neuen Wahlgesezes stattfinden können, d. h. im kommenden Herbst, beweist es. Die Herbeiführung des gleichen Wahlrechts war schon im ersten Entwurf der Osterhoffnung enthalten gewesen, aber wieder gestrichen worden. Wenige Monate später mußte sie verkindet werden. Und nun steht der Anfang der Demokratisierung Deutschlands bevor. Die Tage des bisherigen preussischen Wahl-

rechts sind gezählt. Und Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen usw. werden an ihren rückständigen Wählern nicht feiltun können, wenn für die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht eingeführt ist.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen wird die Bahn für die Demokratie in Deutschland frei machen. Es wird die politische Erziehung der zu politischem Einfluss gelangten Wähler mächtig fördern, es wird zur Beseitigung der ersten Kammer führen, deren Dasein mit der Vernunft im Widerspruch steht. Es wird der systematischen Durchkreuzung der Reichspolitik ein Ende machen, die vom reaktionären preussischen Abgeordnetenhaus ausgegangen ist. Es wird die Durchführung der uneingeschränkten Selbstverwaltung in Stadt und Land ermöglichen, ohne die wahre Demokratie nicht denkbar ist. Es wird die Regierung im Reich und in Preußen aus einem Hindernis zu einem Vollstrecker des Volkswillens machen. Es wird diejenigen Arbeitergruppen, denen die Ausübung des elementarsten Menschenrechts, des Rechtes der Vereinigung zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, bisher verweigert war, von den sie drückenden Fesseln befreien helfen. Es wird eine unabhängige Politik ermöglichen, deren oberster Grundsatz die Herstellung und Befestigung brüderlicher Beziehungen unter den Völkern ist.

Der Gehalt der Demokratie ist auf dem Marsche. Sein Sieg kann nur durch die Untertunigkeit des arbeitenden Volkes in Frage gestellt werden. Wer die Kraft des Proletariats durch Spaltungsbeziehungen schwächt, arbeitet der Reaktion in die Hände. Die Blutopfer des Krieges haben die Notwendigkeit der Demokratie zu deutlich bewiesen, als daß ein Zweifel an dem Willen des Volkes, sie durch Zusammenfassung seiner Kraft durchzusetzen, aufkommen könnte.

Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Referent Genosse Heinrich Cunow.

Das kapitalistische Wirtschaftsgebilde hat im Weltkriege eine vollständige Umwälzung erfahren. Die Zufuhr einer Reihe der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel hörte schon bald nach Kriegsbeginn auf, während zugleich die Ausfuhr deutscher Fabrikate nach dem Auslande eine starke Einschränkung erlitt. Diese Unterbrechung der Handelsverbindungen traf Deutschland um so schwerer, als es sich in den vier Jahrzehnten seit dem deutsch-französischen Kriege zu einem der ersten Industriestaaten der Welt entwickelt hatte und in dem Jahrzehnt vor dem Kriege durchschnittlich jährlich für 4627 Millionen Mark reine Rohstoffe, ohne Halbfabrikate, und für 2902 Millionen Mark Nahrungsmittel und Genussmittel, ohne lebendes Vieh, aus dem Auslande bezogen hatte, dem eine Ausfuhr von ungefähr 5450 Millionen Mark fertiger Waren gegenüberstand. Zudem wurde der Produktion der verschiedenen Gewerbegebiete und der Landwirtschaft plötzlich ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen und ferner der Warenverkehr infolge der Inanspruchnahme der Eisenbahnen und sonstigen Transportmittel durch die Heeresverwaltung immer wieder gestört.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens sein; doch gelang es der Industrie, sich nach und nach den neuen Produktions- und Absatzbedingungen anzupassen, indem sie sich auf den veränderten Bedarf des Inlandsmarktes und die rasch steigenden Anforderungen der Heeresverwaltung einrichtete und die knapp werdenden Roh- und Halbfabrikate, soweit möglich, durch Ersatzstoffe ergänzte; eine Anpassung, die vielfach die völlige Umänderung der Betriebs- und Arbeitsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich sah die Staatsverwaltung, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen und Anleihen beim sozialistischen Organisationsprinzip zu machen: den Lebensmittel- und Rohstoffverbrauch zu rationieren sowie Reglementierungen der Warenverzeugung und des Warenhandels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist demnach eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anormale Wirtschaft: eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Kriege eine erneute Umgestaltung nötig ist: Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Diese Wiedereingliederung kann nicht der privaten Initiative überlassen bleiben; denn Antriebs- und Regulator der Privatwirtschaft ist der Profit, nicht der Nutzen der Gesamtwirtschaft und der großen Volksmasse. Gerade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten liegt es, daß dem Übergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Übergang planmäßig ohne tiefere Erschütterung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

Übergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste, die genügende Beschaffung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat Deutschlands sehr zusammengeschnitten. Ohne Rohstoffe kann aber die deutsche Industrie ihren früheren Betrieb nicht wieder aufnehmen und weder den Inlandsmarkt versorgen, noch die während des Krieges verlorengegangenen Absatzmärkte wiedergewinnen. Die Herausfindung der Rohstoffe ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarkt während der Kriegsjahre mannigfache Verschiebungen vollzogen haben. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen Stapelplätzen bedeutende Rohstoffmengen angehäuft, und soweit solche Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in Feindeshänden. Vornehmlich hat England einen großen Teil der wichtigsten Rohstoffvorräte in seinen Kolonien aufgefauft und aufgestellt lassen. Demnach ist nach Friedensschluß mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preissteigerungen und Spekulationen sozusammengefaßter Händler zu rechnen, denen nur durch organisierten Einkauf begegnet werden kann.

Wesentlich steht es mit der Lebensmitteleinfuhr nach dem Kriege. Auch im neutralen Auslande hat der Weltkrieg die Preise vieler Lebensmittel stark in die Höhe getrieben; eine Massenausfuhr aus den neutralen Staaten würde daher, falls sie nicht von den betreffenden Regierungen verboten würde, weitere Preissteigerungen, und soweit Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, also eine noch größere Verminderung der Kaufkraft unseres Geldes, nach sich ziehen.

Zugleich gilt es, den jetzigen Tiefstand der deutschen Valuta durch Förderung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Kriege sehr begehrt sein werden und die Deutschland in Ueberschuß zu erzeugen vermag, möglichst bald zu beseitigen. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht. Zwar wird sich, sobald Deutschland nach dem Kriege wieder auf breiterer Basis mit dem Auslande in Handelsbeziehungen treten kann und sein Wechselkurs nicht mehr bloß an einigen nebensächlichen Devisen, sondern wieder an den Weltdevisen gemessen wird, von selbst eine allmähliche Gesundung einstellen; aber ihr kann und muß durch eine geschickte Regulierung der Zahlungsbilanz nachgeholfen werden.

Eine der ersten Vorbedingungen für solche Wiederbeseitigung des deutschen Wirtschaftslagers ist die ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, die nach dem Kriege einsehen wird, erfordert auch einen größeren Schiffsraum. Tatsächlich wird aber nach dem Kriege die Welt Handelsflotte viel weniger leistungsfähiger sein, als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Handelsflotte, die im Kriege über zwei Millionen Tonnentonnen verloren hat, während über 1 Million Tonnen in fremden Häfen unterirdisch gesunken haben. Die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Fahrt eingestalt werden können.

An Arbeitskräften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Fabrik Einberufenen wieder in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Weit eher ist, da sich zunächst die Industrie erst wieder den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß, und es vorerst noch an Rohstoffen fehlen wird, eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Lohnrückgang und

in manchen jetzt brachliegenden Industrie- und Gewerbebezirken eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten — ein Zustand, der um so trauriger für die Arbeiterschaft sein würde, als voraussichtlich ohnehin die Löhne schneller fallen werden, als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daher muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig durchgeführt werden.

Aus dieser Notwendigkeit einer allmählichen, organisierten Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die zukünftige Friedenswirtschaft ergeben sich für die sozialdemokratische Arbeiterschaft folgende, in meinem Parteiprogramm näher erläuterte und begründete Forderungen:

Forderungen:

1. Planmäßiger Einkauf, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch sachkundige Rohstoffeinkaufs- und Vertriebsgesellschaften unter staatlicher Aufsicht. Festsetzung von Einfuhrpreisen und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff bearbeitenden Fabriken.

2. Ebenso muß die Einfuhr der Nahrungsmittel, der Futtermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht stehenden kaufmännischen Einkaufs- und Vertriebsorganisationen übertragen werden. Die Nationalisierung der wichtigsten Lebensmittel muß vorläufig unter Festsetzung von Höchstpreisen bestehen bleiben. Die Einfuhr von Delikatessen und entbehrlichen teuren Genussmitteln sowie von industriellen Luxusartikeln ist weiterhin aufs äußerste zu beschränken.

3. Zur Hebung der deutschen Valuta ist nach dem Kriege die Ausfuhr von deutschen Fabrikaten möglichst zu steigern. Außerdem müssen die deutschen Güter im Auslande flüssig gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Auslande abgestoßen und, soweit das zu einigermaßen guten Bedingungen möglich sein sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankplätzen aufgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die dem Staat eine Widerverfügung über Schiffsraum, Ladung und Fahrtrichtung sichern und dem wirtschaftlichen Volksinteresse genügend Garantien bieten, den Reedereien aus Reichsmitteln Entschädigungen zu zahlen und Schiffsbauunterstützungen vorzusehen.

Im besten wäre die Vereinigung aller großen Schiffahrtsunternehmungen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Fall nicht nur übertriebenen Frachtpreisen hemmend entgegenzuwirken, sondern auch eine gewisse Gewinnbeteiligung des Staates durchzuführen vermöchte.

5. Die zur Fabrik einberufenen Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch örtliche und provinzielle, unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschafts- oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer, als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wieviele Arbeitskräfte in den einzelnen industriellen Bezirken gebraucht werden. Diese Ämter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbehörden über die Entlassungen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Privatbetrieben kein Unterkommen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen angemessenen Staats- und Gemeindeforderungen zu beschäftigen.

6. Die deutsche Arbeiterschaft fordert, sowohl im Beirat des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft, als auch in den staatlichen Leitungs- und Aufsichtszentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur insoweit, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern was die ganze organisatorische Wiedereingliederung des Wirtschaftsgebietes anbelangt.

Ferner darf die Durchführung der Uebergangswirtschaft nach dem Aufhören der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsvollmachten nicht dem Gutdünken des Bundesrats und der Militärdiktatur überlassen bleiben; es müssen vielmehr für sie gesetzliche Unterlagen geschaffen, d. h. gesetzlich bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verhaltensvorschriften festgelegt werden.

Monopol-, Handels- und Zollfragen.

Ist auch die planmäßige Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringendste Problem unserer Wirtschaftspolitik, so ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Wirtschaftslage noch verschiedene andere schwierige Aufgaben; denn während einerseits viele Industriegebiete während des Krieges eine bedeutende technische Umwälzung erfahren und eine Schulung in der modernen Massenfabrikation durchgemacht haben, haben andererseits die Konzentrationen und Kartellierungsbestrebungen neue Anläufe erhalten. Und wichtiger noch als in der Industrie wird sich voraussichtlich die Konzentrationen- und Monopolisierungsneigung im deutschen Bankgewerbe erweisen, sobald nach dem Kriege das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Bankgewerbe stellen.

Indem er fährt der Außenhandel eine starke Umgestaltung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren. Sie zurückzugewinnen, wird vielfach sehr schwer halten, da inzwischen die ausländische Konkurrenz sich dort festgesetzt hat. Ueberdies kann es heute bereits als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielmehr auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, mögen auch in die Friedensvereinbarungen allerlei schöne Handelszusicherungen Aufnahme finden. In England ist die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation“, die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien zu einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zustandekommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich verschiedene weitere

Forderungen

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wichtigsten zu nennen sind:

1. Ueberführung der privaten Industriemonopole in Staatsmonopole, vornehmlich des gesamten Bergbaues, der Kohlen- und Kalksteinproduktion sowie der Rüstungsindustrie.

2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken. Errichtung von staatlichen Bankkommissariaten. Weiterer Ausbau der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgewerbe.

3. Abschließung von Handels- und Zollverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollvorrechte zusichern.

4. Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien beim Friedensschluß, die diese beiden Mächte dem mittel-europäischen Wirtschaftskomplex angliedern.

5. Als Vorbedingung für die Herstellung solcher Handelsbeziehungen eine Aenderung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Abschreibung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelpreise beseitigt, zumal ohnehin der Preisstand vieler Bodenerzeugnisse sich noch Jahre hindurch auf einer außergewöhnlichen Höhe halten wird.

An Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es demnach an der kommenden neuen Wirtschaftspolitik nicht fehlen. Aber ohne Kampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie muß heraus aus ihrer nur zu oft fast rein negativen Beharrung, ihrem Hängen an alten durch die Entwicklung überholten Illusionen und Formeln, heraus zu sozialpolitischer Mitarbeit am Wiederaufbau des zerstückelten auf besseren wirtschaftlichen Grundlagen und in besseren Formen! Die Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungsarbeit für eine frohere, gesicherte Zukunft.

Finanzpolitik.

Referent Genosse Wilhelm Keil.

Die Aufgabe, für die Kriegskosten Deckung zu schaffen, läßt sich in ihrem ganzen Umfange erst übersehen, wenn der Krieg zu Ende ist. Solange der Krieg fortdauert, wachsen nach dem gegenwärtigen Stand der Ausgaben jeden Monat 3 Milliarden Mark Schulden hinzu. Am Jahresschluß 1917 wird das Deutsche Reich rund 100 Milliarden Mark für die Zwecke des Krieges ausgegeben haben. Diese Summe ist ganz durch Anleihen gedeckt. In ihr spiegelt sich aber noch nicht die gesamte finanzielle Last, die der Krieg dem deutschen Volke aufbürdet. Die Summen, die von den Bundesstaaten, Provinzen, Gemeindeverbänden und Gemeinden für die Zwecke der Kriegsfürsorge aufgewendet werden, kommen hinzu. Allein die Aufwendungen für die reichsgesellschaftliche Unterstützung der bedürftigen Familien zum Militär eingezogener Mannschaften, die von den Versicherungsvereinen auf Rechnung des Reichs beschafft werden, dürften sich auf etwa 3 Milliarden belaufen. Nur 500 Millionen sind davon dem Reich bis jetzt zurückerstattet.

Aus der Schuldenlast von 100 Milliarden ergibt sich eine Zinspflicht in Höhe von 5 Milliarden jährlich. Würde man sich auf eine Schuldentilgung von 1 Proz. festlegen, so läme ein jährlicher Einnahmehörsbedarf von 1 Milliarde jährlich hinzu. Ferner sind die Einnahmen zu beschaffen für die Aufwendungen an Pensionen, Renten, Unterstützungen für Kriegsinvalide, Kriegswitwen und Waisen. Der hierfür erforderliche Betrag, der während des Krieges aus Anleihenmitteln bestritten wird, künftig aber durch laufende Einnahmen gedeckt werden muß, dürfte nach dem Stand am Anfang des vierten Kriegsjahres auf annähernd 4 Milliarden jährlich zu schätzen sein. Das ergibt zusammen einen jährlichen Mehraufwand des Reichs von etwa 10 Milliarden Mark, ohne die Ausgaben für Wiederinstandsetzung der Friedenswirtschaft und für die großen sozialpolitischen Aufgaben, die nicht vernachlässigt werden dürfen. In welchem Maße die Summen weiter wachsen, hängt von der Dauer des Krieges ab.

Keine Kriegsschädigungen.

Bei der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage kann mit Kriegsschädigungen nicht gerechnet werden. Eine Umwälzung der Kriegskosten der einen Mächtegruppe auf die andere ist nicht mehr denkbar. Unverantwortlich wäre es daher auch, um der Kata Morgana der Kriegsschädigungen willen den Krieg mit seinen unermesslichen Menschen- und Geldopfern fortzusetzen. Klarend gewirkt hat der Reichstagsbeschluss, daß mit dem von ihm erstrebten Verständigungsfrieden politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar sind.

Die Bedeutung der Summen, die künftig vom deutschen Volke aufzubringen sind, tritt noch schärfer zutage, wenn man ihnen das deutsche Volkseinkommen gegenüberstellt. Steinmann-Bucher schätzt das gesamte Volkseinkommen einschließlich des im Besitz öffentlicher Körperschaften befindlichen auf 400 Milliarden. Mehr als ein Viertel dieses Volkseinkommens ist durch die Kriegsschulden verpfändet. Von den Schulden des Reichs und der Bundesstaaten tragen vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung etwa 316 Mk., am 1. Januar 1918 wird jeder Bewohner des Reichs durchschnittlich mit etwa 1800 Mk. Reichs- und Staatsschulden belastet sein. Das gesamte deutsche Volkseinkommen wurde 1913 auf 40 Milliarden berechnet. Davon wurden etwa 25 Milliarden für den Verbrauch, 6-7 Milliarden für öffentliche Zwecke und 8 bis 8½ Milliarden zur Kapitalbildung verwendet. Die gesamten Steuereinnahmen aller öffentlichen Körperschaften Deutschlands betragen 1913 5078,7 Millionen Mark (ohne die Erwerbseinkünfte). Künftig werden sie 15 bis 16 Milliarden betragen müssen.

Die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hat aber durch den Krieg eine Verminderung erfahren. Der Krieg hat ein gewaltiges Heer von tüchtigen Menschen vernichtet, ein zweites Heer vermindert Leistungsfähiger geschaffen, die Geburtenziffer gewaltig herabgedrückt, den Ernährungszustand des ganzen Volkes verelendert, alle Waren- und Rohstoffvorräte verdrungen, Produktions- und Verkehrsmittel abgenutzt, den Grund und Boden weniger ergiebig werden lassen, den Viehstand reduziert, alle Handelsbeziehungen mit dem Auslande zerstört und keine guten Aussichten auf baldige Wiederanknüpfung der Fäden des Weltwarenverkehrs eröffnet.

Die geschwächten Kräfte der Arbeiterklasse bedürfen im Interesse der Gesamtwirtschaft der Erholung und Stärkung. Darum muß die Sozialdemokratie alle Kräfte aufbieten, um vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus bei der Lösung des großen Problems der Kriegskostenbedeckung Einfluß zu gewinnen und auszuüben. Sie darf sich nicht an doktrinaire Formeln klammern, sondern muß bei der Lastenverteilung praktisch mitarbeiten, um die Arbeitskraft, den wertvollsten Bestandteil des Volkseinkommens, gegen Ueberlastung zu schützen.

Kriegssteuern.

Die Steuerpolitik des Reiches während des Krieges hat diesen Anforderungen nicht entsprochen. Obgleich sie im Gegensatz zur englischen Finanzpolitik darauf verzichtete, einen Teil der Kriegskosten sofort durch Steuern zu decken, und sich auf die Beschaffung der Mittel beschränkte, die zur Bergung der rasch wachsenden Kriegsschuld nötig sind, ist sie doch zu sehr empfindlichen Belastungen des Massenbedarfs und des Massenverkehrs geschritten, einer systematischen Vermögenssteuer aber aus dem Wege gegangen. Die Besteuerung des im Kriege erzielten Vermögenszuwachses stellt keine dauernde Besitzbelastung, sondern im wesentlichen nur die Zurückforderung eines Bruchteils der Ueberprofite dar, die von den Kriegsteilnehmern auf Kosten der Volksgemeinschaft erzielt werden. Auf die im Kriege eingeführten Massenverbrauchs- und Verkehrssteuern muß zurückgegriffen und ihre Erhebung durch gerechte und wirtschaftlich zweckmäßige Steuern ersetzt werden, wenn es das große Finanzgebäude der Zukunft aufzurichten gilt. Dann wird unsere Forderung der stufenweis steigenden Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung an Gewicht gewinnen.

Vermögensabgabe.

Die erste Aufgabe nach dem Kriege wird sein, eine Generalliquidation aller Vermögen anzuordnen und alle während des Krieges gewachsenen Vermögen auf den Stand vor dem Kriege zurückzuschneiden. Die Schicht der Kriegsgewinner verdammt ihren unerwartet gewonnenen Reichtum der Verzerrung und Ueberladung des Reichs und der breiten Volksmassen. Das normale Rechts- und Moralgefühl lehnt sich gegen die Wertverfälschung und Konzentration, die der Krieg bewirkt, auf. Es erkennt auch den Rechtfertigungsgrund nicht als durchschlagend an, daß die Kriegsgewinner dem Vaterlande große Dienste geleistet hätten. Die Frontsoldaten haben größeres geleistet wie die Kriegsgewinner und bekommen doch keinen Dank in klingender Münze; eines großen Teils derselben harret vielmehr nach Friedensschluß der bittere Kampf um eine kargliche Existenz. Viele von den Glückrittern des Krieges aber haben skrupellos die Widerstandskraft des Vaterlandes bewußt geschwächt, nur um die eigenen Taschen zu füllen, der nachschäftigen Götin Justitia verdammt sie es, daß sie das Zuschuß aus nur mit dem Arsenal gestreift haben. Die Kapitalbildung als unentbehrliche Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung wird durch die Zurückforderung der Kriegsergebnisse nicht beeinträchtigt. Denn die so der Reichskasse zuschießenden Summen dienen zur Zurückzahlung von Kriegsschulden und stehen damit sofort wieder in der Produktionsprozeß zurück. Erreicht aber wird, daß das Reich einen Teil seiner Schuldenlast und damit die Zinspflicht für diesen Teil abschüttelt. Wird diese Forderung auch bei allen auf kapitalistische Grundzüge eingeschworenen Politikern auf scharfen

anzustreben, sondern die neue politische Lage muß auch in der parlamentarischen Praxis im Interesse des Proletariats, zum Heile des deutschen Volkes überhaupt ausgenutzt werden. Die größte Partei Deutschlands kann es nicht länger ablehnen, einen Teil der Verantwortung für die Staatsgeschäfte und die Führung der Reichspolitik zu übernehmen. Demzufolge wird beantragt, der Parteitag möge eine Revision der Dresdener Resolution in Bezug auf die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung, das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien, die Budgetfrage usw. herbeiführen.

25. Vordern: Die Fraktion hat Budget und Kriegskredite abzulehnen, wenn die Sozialdemokraten nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden.

26. Frankfurt a. M.: Der Parteitag kann nur dann einem Eintritt von Parteimitgliedern in die Regierung zustimmen, wenn eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsentscheidung, das parlamentarische Regierungssystem, Reichsministerien und bestimmte, deutlich ausgesprochene Programmpunkte eines demokratischen und sozialen Fortschritts sichergestellt sind.

27. Hamburg: Solange das gegenwärtige halbsozialistische System besteht, ist jede Beteiligung an einem Ministerium seitens sozialdemokratischer Parteimitglieder, weil für die Partei schädigend, zu unterlassen.

28. Bismarck: Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, die Reichsbürgliche Verfassungsfrage im Reichstage auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und gehehmen Wahlrechts zur Verhandlung zu bringen.

29. Magdeburg: 1. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion mögen alle Kraft einsetzen, daß der Belagerungszustand aufgehoben wird.
2. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion wollen dahin wirken, daß die Arbeiterkutschbestimmungen bald wieder in Kraft gesetzt werden.

30. Köln: Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, unsere parlamentarischen Fraktionen, Presse und Parteioptionen, sich mit der Lage der Staats- und Gemeindegewalten zu beschäftigen. Insbesondere sind den Fragen der Befolgung, der Arbeitsweise und der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

31. Frankfurt a. M.: Der Parteitag beschließt: Parteivorstand und Reichstagsfraktion sollen von der Reichsregierung eine

böhlige Amnestie und sofortige Freilassung aller wegen politischer Vergehen verurteilten und inhaftierten Personen verlangen.

Der Parteitag ersucht ferner den Parteivorstand, auch auf eine solche Amnestie hinzuwirken, die alle diejenigen umfassen soll, die in einer durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Notlage strafbare Handlungen begangen haben.

32. Grönberg: Die Konferenz des Kreises Grönberg-Freystadt ersucht den Parteitag, im Hinblick auf die Kriegsverfahrungen die Reichstagsfraktion zu beauftragen, in der bevorstehenden parlamentarischen Winter-Kampagne die Fragen des Normalarbeitstages und der Minimallohne durch Einbringung von Initiativanträgen ihrer gesetzlichen Verwirklichung näherzubringen.

33. Bremen: Der Sozialdemokratische Parteiverein Bremen ersucht, den sozialdemokratischen Parteitag, durch Beschlußfassung darauf einzuwirken, daß die Kriegsbeschädigten-Fürsorge und die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen bei ihrer gesetzlichen Neuregelung der Reichsversicherung und ihrem Rechtsverfahren unterstellt wird.

IV. Die nächsten Aufgaben der Partei.

34. Stuttgart: Der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in volkstümlicher und pader Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen, durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich auszuarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteinstanzen zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

35. Hamburg III: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, geeignetes Studienmaterial über die Kolonial- und Wehrmachtsfrage herauszugeben, durch das den Parteigenossen die Erfahrungen des Weltkrieges auf diesem Gebiete bekanntgegeben und sie instand gesetzt werden, Stellung dazu zu nehmen. Bei dem Neuaufbau unseres politischen Lebens ist die einheitliche Stellung der Partei nötig, um unsere Forderungen durchzusetzen.

36. Teltow-Deestow: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, aus dem Kreise der Parteigenossen unverzüglich eine handelspolitische Kommission zu berufen. Derselben sollen als besondere Aufgaben zugewiesen werden: 1. Die Sammlung von Material zur Abwehr aller Bestrebungen im In- und Ausland, die darauf gerichtet sind, nach Beendigung des Weltkrieges einen Wirtschaftskrieg herbeizuführen. 2. Die Sammlung von Material als Grundlage für die Stellungnahme der Partei beim Abschluss von Handelsverträgen. Das Studium der mitteleuropäischen Wirtschafts-

annäherung. — Falls von Seiten der freien Gewerkschaften ein Kommission mit gleichen oder ähnlichen Aufgaben eingesetzt werden sollte, ist der Parteivorstand ermächtigt, einer Zusammenlegung beider Kommissionen zuzustimmen.

Organisation und sonstige Anträge.

37. Hamburg III: 1. Der § 21 des Organisationsstatuts wird dahin geändert: Der Parteiaussschuß berät und beschließt gemeinsam mit dem Parteivorstand Die Worte: . . . und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab, werden gestrichen.

2. § 14a. Ein Mitglied des Parteivorstandes, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteinteresse schädigen oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß des Parteiaussschusses von seinem Amt entbunden werden. Die endgültige Entscheidung trifft der nächste Parteitag.

3. § 22a. Scheidet ein Mitglied der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiaussschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

4. Dem § 23 ist anzufügen: Ein Mitglied der Kontrollkommission, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteinteresse schädigen oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß des Parteiaussschusses von seinem Amt entbunden werden. Die endgültige Entscheidung trifft der nächste Parteitag.

38. Weichen: Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß für die Abhaltung eines deutschen öffentlichen Sozialistenkongresses zu sorgen. Zur Tagesordnung desselben soll stehen: Das Parteiprogramm und die Parteioptionen.

39. Teltow-Deestow: Der Parteitag möge erklären, daß bei weiteren Ersatzwahlen zum Reichstage und Landtagen das bisherige Verfahren, in allen Fällen den Besten der Parteien anzuerkennen, nur gegenüber jenen Parteien und Kandidaten innegehalten wird, die in den Fragen der inneren Reform und des Kriegszieles dem Linksbund angehören.

Wiederaufnahme in die Partei:

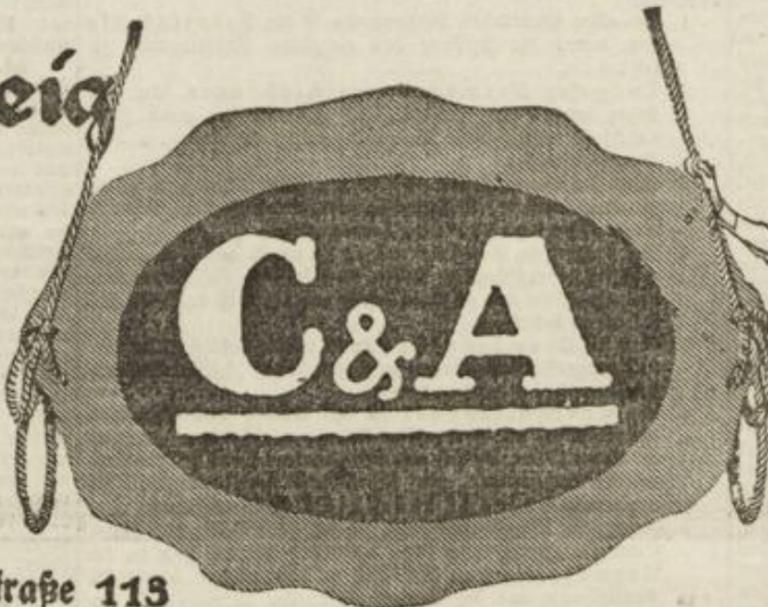
- 40. Hermann Spahn, Gröba.
- 41. Karl Wesser, Dagen i. W.
- 42. Eugen Hauelsen, Neuföhn.

Berlin, den 25. September 1917.

Der Parteivorstand.

Ein Fingerzeig

für die klug wählende Frau, wenn sie beabsichtigt, die notwendige Erneuerung oder Ergänzung ihrer Garderobe vorzunehmen.



Königsstraße 33

Chausseestraße 113

Commode geschloffen

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Neueinstudiert: Der lebende Leichnam.
Mittwoch: Dantons Tod.
Kammerspiele.
8 Uhr: Fasching.
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Der Vater.
Volkstheater.
Theater am Blöcherplatz.
Untergrund. Schönk. Tor.
7 1/2 Uhr: Lumpengesindel.
Mittwoch: Elga.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Totentanz 1. Teil.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

WINTERGARTEN
Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan
Dazu: 9 Uhr abends
Venezianische Nacht
Pantomime in 12 Bildern von Karl Vollmoeller

Zirkus A. Schumann
Letzte Saison in Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Das große anerkannt einzig dastehende
Zirkus-Sport-Programm.
U. a.:
Nadchura
exotischer Dressur-Akt.
8 Franconis 8
u. die weiteren Schlager.
Zum Schluß: Parforssjagd.

Theater für Dienstag, 25. September.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Wohltätigkeits-Vorstellung.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.
Komische Oper
1 1/2 u. 8 u.: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
Die blonden Mädels
7 1/2 Uhr: vom Lindenhof.
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

NATIONAL-THEATER
7 1/2 u. 8 u. Spender Str. 68. 7 1/2 u.
Der große Schlager!
Das ist die Liebe . . . !
Operettenposse in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
7 1/2 u. Allabendlich 7 1/2 u.
Der Lebensschüler.
Schauspiel von Ludwig Fulda.
Kaiser-Tita, Ida Wüst,
v. Möllendorff, Kettner, Flink.
Sonntag 3 1/2 u. Johanniseuer.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Dyckerpotts Erben.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Gespenster.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Die Distel.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
Theater am Nollendorffplatz
7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher.

Casino-Theater
Rothinger Straße 37.
Täglich 7 1/2 u. 8 u. 11 u.
Bühnen-Duett Gr. Erfolg!
Die Schlagerposse
Heiraten mußte!
Vorher der neue bunte Teil.
Sonnt. 4 u. 8 u.: Gusto, die Perle.
Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
Großes phantastisches
Ballett auf dem Eis.
7 1/2 u. Vorzügl. Kkche.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

URANIA
8 Uhr:
Das Oberengadin
und der Splügen.
Büsch
Täglich 7 1/2 Uhr.
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Ein Progr. sondergleichen!
U. a.: Medl, d. Räte, s. Magnet
D. lust. Schorrenschiff, usw.
9 Uhr Die 3 Pierrots 9 Uhr
Besond. hervorzuheben:
Der origin. Hamsterzug.
Die leuchtenden Herzen.
100 Clowns in der
Manege.
Freitag keine Vorstellung.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Zigeuner.
Kerkau-Palast
Behrenstraße 48
Im 1. Stock Punkt 5 U. nm.
Marionetten
Unt. ander. wird. vorgef.:
Frasolia Kaufmann
Lucie Kieselhausen
Klassische Tänze
Sant M'ahosa
Orientalische Tänze
Robert Steidl
Gefährlicher Wille
Hand- u. Kopf-Akrobaten
Salerno
der berühmte Jongleur
Blondel
am Schwungseil
Toto
der unverwundl. Clown
Hochinteress. f. Erwachs.
und Kinder, jung und alt.
Keine erhöhten Preise
für Getränke erster Güte.
Eintritt u. Garderobe frei.
Konzert
des Gottschalk-Kap.

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Weiberfeind.
Apollo
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Fregolla, Paul Beckers
und das
große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Täglich:
Berlin bleibt Berlin
Lustspiel in 4 Akten.
Saffenerstr. 6 1/2, Anfang 7 1/2 u.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag
nachmittags
8 Uhr
Vorstellung
z. ermäßigten
Preisen!
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Palast
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Nur noch bis 30. September:
Der Stolz der 8. Kompanie
mit Wilhelm Harstein,
sowie Senta Söneland
Maxstadt
und das übr. Programm.

Beflagsnahmefreie
Kengen gedraucht 4,
Sekt- bis 30 Pf.
Wein- bis 7 Pf.
Korke
und alle anderen Sorten sowie
Zelluloid- | Film-
Hartgummi-
Wachswalzen-
Schallplatten- ab-
faßt
Orbiter G. m. b. H.
Berlin, Georgenstraße 50
beim Alexanderplatz,
9-12, 3-6 Uhr.

Trumpf-As
Likör (herb) M. 0,50 p. Lt.
M. 4,50 p. L.
la. Glühpunsch-Extrakt
1. Qual. M. 3,90 p. Liter
2. " " 2,90 " "
3. " " 1,80 " "
Marke „Schelm“ Likör
M. 4,50 p. L.
Nach auswärts nicht
unter 5 Liter, für Ber-
liner Abnehmer auch
kleinere Quantitäten
Verkaufsstelle: Berlin,
Marsillus-Straße 21.
Hermann Führer,
Berlin O.
Tel. Königstadt 2949.

Atama
Strausseneidern
„Atama“-Strausseneidern
sind die besten.
„Atama“-Edelstrausseidern
die allerbesten und bleiben
10 Jahre schön.
„Atama“-Strausseneidern
kost. 50cm lang 12M., 55cm lang
18 M., 60 cm lang 25 M.
„Atama“-Edelstrausseidern
kost. 40 cm lang 15 M., 45 cm
25 M., 50 cm 30 M., 55 cm
42 M., 60 cm 48 M.
*
Versand nur direkt durch
Hesse, Dresden, Schoffelstraße
Bism. Probefedern pr. Nachn.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bleibt die nächste Zukunft. Eine tief-
greifende Änderung unseres gesamten
Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Auf-
schwung unserer Industrie u. des Han-
dels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe
u. Handwerker sollen nicht versäumen,
ihre Kenntnisse und Fertigkeiten des
kommenden Zeit anzupassen, um teil-
zunehmen an den wirtschaftlichen Er-
folgen, die naturgemäß das Ergebnis
des gewaltigen Ringens sein müssen.
Das beste Mittel, rasch und gründlich,
ohne Lehrer, durch elischen Selbst-
unterricht eine gründliche Ausbildung
in technischen Wissenschaften zu er-
werben, sind die technischen Selbst-
unterrichtswerke „Syst.-Kursack-
Nachschl.“, 80 S., starke Bro-
schüre kostenlos.
Bonness & Hochfeld, Potsdam,
Postfach 167

Die Entente-Pressen zur deutschen Antwortnote.

Die feindliche Presse hallt von dem üblichen miß-tönenden Geschrei wider, mit denen gewerbs- und gewohnheitsmäßig die Amerikanisten in beiden Lagern jeden sachlich auf Verständigung gerichteten Schritt begeißeln. Das Rezept ist simpel: man rechnet darauf, daß der durchschnittliche Leser die Deklamationen seiner Zeitung gründlicher und eher liest als den Text der kritisierten Note, man sucht seine Aufmerksamkeit von deren Inhalt abzulenken, ja den Leser gar nicht zur Erfassung ihres wirklichen Sinnes gelangen zu lassen.

Wir haben kein Recht, uns hierüber einseitig zu entrüsten, denn die französischen, italienischen und englischen „Alldeutschen“ verfahren nur nach der Methode, mit der unsere heimischen Alldeutschen etwa die Wilsonnote an den Papst behandelt haben. Und da uns die Solidarität des internationalen Alldeutstums im Kampfe gegen den Verständigungsgedanken längst bekannt ist, wundert oder enttäuscht uns der Spektakel in der Entente-Pressen nicht im mindesten.

Dazu kommt, daß die von Reuter, Havas, Stefani usw. verbreiteten Auszüge noch sorgfältig in möglichst tendenziöser Färbung gegen Deutschland zusammengestellt sind. Die Tendenz wird verstärkt durch die von den genannten Bureaus vorangestellten Stimmungsbilder, in denen der ablehnende Eindruck noch nach Kräften unterstrichen und ins Extreme verzerrt wird. Der Politiker wird bei allem Spektakel kühlen Kopf behalten. Er kennt und durchschaut seinen Zweck, er verwechselt nicht die für die „Piazza“ berechneten Phrasen mit dem wirklichen Urteil der feindlichen Staatsmänner, das die weiteren Schritte bestimmt. Die feindliche Presse arbeitet nach simpelster Methode: sie überfiehlt geflissentlich den Hinweis der deutschen Note auf die Friedensresolution des Reichstags und tut daher, als vermisse sie jeden Hinweis Deutschlands auf seine konkreten Kriegsziele. Was im übrigen die deutsche Note an positiven Erklärungen über Abrüstung, Schiedsgerichtsbereitschaft usw. enthält, wird kurzerhand als „Heuchelei“ und „Hinterlist“ abgetan. — Wie die deutsche Note von unparteilicher Seite aufgefaßt wird, zeigen die Kommentare der neutralen Presse. Es ist nicht anzunehmen, daß das, was hier über den Inhalt der Note bemerkt wird, den ernsthaften Politikern auf der gegnerischen Seite verborgen geblieben sein sollte.

Französische Stimmen.

Paris, 23. September. (Havas.) Die Pariser Zeitungen stellen einmütig fest, daß die Antwort der Mittelmächte an den Papst, die Geschwäg und Ungenauigkeit seien, lediglich den Vorteil haben, den unentwegt festgehaltenen Willen Deutschlands und Oesterreichs darzutun, allen tatsächlichen Fragen aus dem Wege zu gehen. Besonders das vollständige Schweigen über Belgien richte die Dokumente. Die Blätter erinnern bezüglich der Säge über das Schiedsgericht und die Abrüstung und bezüglich der Verletzungen der Friedensziele, die so oft wiederholt worden seien, daß sie zum Gespött geworden seien, daran, daß Deutschland im Haag alles ablehnte, was zu einer Verständigung unter den Völkern hätte führen können. „Matin“ glaubt, daß die Feinde mit den Winkungen auf die Zusammenkunft der Sozialisten redeten. Für zahlreiche Blätter, besonders „Gazette“ und „Petit Parisien“, zeige sie einen Triumph des Einflusses der Alldeutschen (!!). Die allgemeine Freude der alldeutschen Zeitungen (!!), die darüber befreit seien, daß die Antworten keine tatsächliche Verpflichtung enthielten, bestätige diese Auffassung. „Petit Parisien“ ist ungeduldig, die Haltung des Reichstags kennen zu lernen, mit dem die Regierung ihr Spiel treibe. Die „Humanité“ stellt fest, daß die Antwort noch enttäuschender sei, als man angenommen habe und erklärt, angesichts dessen, daß die Kaiserreiche den Krieg entfesselt hätten und nicht wägen, ihre Friedensbedingungen zu nennen, hätten die verbündeten Demokratien leichtes Spiel. Das Blatt fordert die letzteren auf, das vorsichtige Schweigen der Mittelmächte und die aufrichtigen Erklärungen der Alliierten, welche nur das Recht forderten, in Vergleich zu stellen.

Bern, 23. September. Die wenigen bisher vorliegenden Kommentare der französischen Presse über die Antwort Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die päpstliche Friedensnote haben hervor, daß die Mittelmächte ihre Friedensziele immer noch nicht bekannt geben. „Temps“ erklärt in einer kurzen Vorrede, die Ausführungen Deutschlands über die Kriegsverantwortlichkeit seien in ihrer verlegenen Formulierung die erste Etappe zu dem Eingeständnis, daß Deutschland den Krieg gewollt habe. Seit der deutschen Antwort auf die Friedensnote Wilsons vor neun Monaten hätten die Mittelmächte noch immer nichts gelernt. Im übrigen sei ihre Art und Weise nicht dazu angehen, das Mißtrauen der Ententemächte zu zerstören. „Matin“ erklärt, man könne sich keine höheren Erklärungen denken; sie enthielten nur platonische Phrasen und Beteuerungen der Friedensliebe, die durch keinerlei Beweise erhärtet würden. Vergeblich suche man in der Antwort Ausführungen über Belgien, Serbien, Polen und Elsass-Lothringen. Die Alliierten handelten klug, indem sie genau an ihren im Dezember bekanntgegebenen Kriegszielen festhielten. „Petit Parisien“ findet den Hauptfehler der Note darin, daß sie die wichtigsten Aufgaben des Völkerrechts und die Forderungen der Gerechtigkeit übergeben; weder Belgien noch Elsass-Lothringen seien erwähnt. — „Echo de Paris“ schreibt: Die Mittelmächte hassen sich stets in Schweigen, sobald sie über ihre Absichten befragt werden. Die Schlacht muß ihren Fortgang nehmen. — „Intransigeant“ findet, die Note lasse sich in die Formel zusammenfassen: Die Alliierten sollen zuerst sprechen. Die Mittelmächte tun nicht den geringsten Schritt zum Frieden. — „Gazette“ in der „Victoire“ erklärt, man spreche schon viel zu viel vom Frieden und wenn man dem deutschen Volke die Illusion erhalte, daß die Entente aus Gutmütigkeit ein Unentschieden annehmen müsse, wenn Deutschland noch einige Zeit Widerstand leiste, so verlängerten die Schwägerlein über den Frieden nur den Krieg.

Italienische Stimmen.

Rom, 23. September. (Stefanmeldung.) Die hiesige Presse verhält sich gegenüber den Antwortnoten der Mittelmächte scharf

ablehnend. Jede Aussicht auf eine friedliche Verständigung sei geschwunden, nur der Sieg der Alliierten könne noch den Frieden bringen. Die Blätter heben hervor, daß auf die vom Papst gestellten Fragen nicht geantwortet werde. Den Beteuerungen der Mittelmächte hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Einschränkung der Rüstungen und der Anerkennung von Schiedsgerichten dürfe man keinen Glauben schenken, wenn man bedenke, wie sich die Mächte bisher zu diesen Fragen gestellt haben. Die Antwort der Mittelmächte sei negativ dem Wesen nach und heuchlerisch in Form und Ton.

Bern, 23. September. „Giornale d'Italia“ schreibt: Man kann Männern, die den Begriff vom Fegen Papier aufbrachten und Regierungen, die die Gewalttätigkeit zum System ausbauen, nicht trauen. Mit der ewigen Erklärung des Bundes nach Frieden kommt man nicht weiter. Man wolle klare Bedingungen. „Messaggero“ schreibt: Deutschland und Oesterreich-Ungarn wollen mit dieser öffentlichen Darlegung ihre Untertanen überzeugen, daß die Kriegsschuld einzig der Entente zufällt. (Vgl. dagegen das vom „Temps“ aus der Note konstruierte Schuld-eingeständnis Deutschlands Red.) „Corriere d'Italia“ sagt: Die Antwort verschweigt wahrscheinlich die Kriegsziele in der Annahme des inneren Biederstandes in den Ententeländern. Dies geht aus den deutschen Zeitungen hervor, die dieser Lage von einer Revolution in Italien und einer schweren Schwächung der öffentlichen Meinung Frankreichs gesprochen haben. Die Berliner Diplomaten täuschten sich aber wie die Zeitungen, deren Informationen falsch sind. „Tribuna“ erklärt: Man weiß nicht, welche Schlussfolgerungen man aus den neuen Schriftstücken ziehen kann. Man kann höchstens daraus ersehen, daß die Anregung des Papstes das große Wunder, endlich die Mittelmächte dazu zu bringen, ihre Pläne und Absichten bekanntzugeben, nicht einmal im Anfangsstadium erreicht hat.

„Corriere della Sera“ schreibt unter dem Titel: „Die Antwort, die nicht antwortet“: Die Mittelmächte haben auf die wichtigsten Punkte in der päpstlichen Note überhaupt nicht geantwortet. Der Kanzler rühmt die guten Absichten des Kaisers, vergißt aber, von Belgien, Serbien und Polen zu sprechen. Auch über die Rechte Frankreichs, Italiens und Serbiens wird kein Wort verloren. Kaiser Karl läßt, anstatt zu antworten, den päpstlichen Pantoffel. „Popolo d'Italia“ nennt die Antwort zynisch. „Italia“ schreibt: Aus der Antwort kann man leider nichts herauslesen, als eine allgemeine Zustimmung zum päpstlichen Vorschlag.

„Secolo“ schreibt: Die Schriftstücke enthalten nur naive Fäscleien. Deutschland, das sich im Haag immer geweigert hat, die Frage der Abrüstung und der Schiedsgerichte zu erörtern, stimmt heute dem Gedanken einer Herabsetzung der Rüstungen und der Schaffung eines Schiedsgerichts bei. Falls dies aufrichtig gemeint ist, könnte man sagen, die westlichen Demokratien hätten einen schönen Sieg davongetragen. Von Kaiser Wilhelm II., Kaiser Karl und Reichskanzler Dr. Michaelis ausgesprochen, klingt dies aber nur äußerst grotesk.

Das päpstliche Organ.

Rom, 24. September. In Besprechung der Antworten der Mittelmächte an den Papst gibt „Osservatore Romano“ der Ansicht Ausdruck, man müsse daraus schließen, daß die Mittelmächte es annehmen, auf den in der päpstlichen Note dargelegten Grundlagen, daß heißt, Abrüstung, Schiedsgericht, Freiheit der Meere und gegenseitige Ausgleichung der Kriegsausgaben und Kriegsschäden, über den Frieden zu verhandeln. Das Blatt fährt fort: Sie nehmen ausdrücklich die Zurückgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete an. Die Antwort scheint in bejahendem Sinne hinreichend klar zu sein. In der Tat drückt die Antwort Deutschlands den Wunsch aus, in Übereinstimmung mit den Wünschen des Papstes und mit der Friedensumgebung des Reichstages vom 19. Juli die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden. Die Wünsche des Papstes, sagt das Blatt, sind diejenigen, wie sie im 1., 5. und 6. Punkte seiner Note dargelegt sind, und die Reichstagsumgebung vom 19. Juli ist bekannt. Es ist, kurz gesagt, ein Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschuldigungen gemäß der russischen Formel. Was die Gebietsfrage anbetrifft, von denen in den beiden letzten Paragraphen der päpstlichen Note die Rede ist, so kann man nicht mit Sicherheit behaupten, daß die Mittelmächte jede Besprechung hierüber ablehnen. Im Gegenteil, sie nehmen sie stillschweigend an. Die Antworten der Mittelmächte lassen den Weg für einen Meinungsaustausch zwischen den kriegführenden Mächten offen. Wenn der Zweck der päpstlichen Note, die nur einige Grundlagen zu Besprechungen vorlegen wollte, welche von den Mächten selbst genauer bestimmt und vervollständigt werden sollten, erreicht würde, so könnte dies die Morgenröte des Friedens in Sicht bringen.

Amerikanische Stimmen.

Washington, 22. September. (Reuter.) Das Staatsdepartement läßt deutlich erkennen, daß die Antwort der Mittelmächte keinen Anlaß zu irgendwelcher Aenderung in den Absichten und Zielen Amerikas oder seiner Kriegführung oder zum schließlichen Friedensausgleich Anlaß gebe.

New York, 23. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Presse in den Vereinigten Staaten ist über die Antwort des Kaisers an den Papst eines Sinnes. — So bezeichnet „Tribune“ die Ausführungen der Antwortnote als „heuchlerische Säge“, die „von erhabenen Gedanken tristen“. Weiter heißt es: „Sie sind bestimmt, die deutschen Verbrechen zu verdecken. . . . Eine andere merkwürdige deutsche Grille ist, daß in der deutschen Note an den Papst nicht ein Wort von Reue und keine Andeutung über Biedergutmachung steht. Der Weichheit und Ausgestoßene will in die neue Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden, aber nur unter seinen eigenen Bedingungen, die Sad und Mitleid für die in der Vergangenheit begangenen Rücksichtslosigkeiten nicht in sich schließen. Die Unfähigkeit des deutschen Geistes, den Standpunkt der nichtdeutschen Welt zu begreifen, ist bekannt. Wenn eine Bekehrung vorliegt, so muß es Bekehrte geben, und den Eifer, den Irrtum zu bekennen. Wenn Reue vorliegt, so müssen Früchte der Reue folgen. Es kann auf Erden keine Freude über einen verhärteten Sünder geben, der allein in der Hoffnung bereut, auf diese Weise seine schlech-terworfenen Gewinne zu behalten.“

„World“ fragt: In den Notizen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns befindet sich keine neue Tatsache. Es hat sich nichts geändert. Jeder Tag bringt neue Beweise von dem verbrecherischen Charakter der gegenwärtigen deutschen Regierung in allen ihren auswärtigen Beziehungen. Freund und Feind sind in gleicher Weise Opfer seiner organisierten und systemati-

schon Verrätereie, und da die Regierung weiterbesteht, so gibt es keine Grundlage, auf der Frieden geschlossen werden und keine Grundlage, auf der man in Friedensunterhandlungen eintreten könnte.

Neutrale Stimmen.

Kopenhagen, 23. September. „Nationaltidende“ schreibt zur Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote unter anderem: Die Antwort ist von harter Friedensbereitschaft geprägt. Sie berührt nicht unmittelbar die Frage der Friedensbedingungen, betont aber andererseits die Bereitwilligkeit, internationale Streitfragen einem obligatorischen Schiedsgericht zu unterbreiten in einer Weise, die auch auf einen Ausweg zur Schaffung eines Friedenskongresses hinweisen könnte. Englischer Kanonendonner bei Hern begleitet in wenig verheißender Weise die Notizen der Mittelmächte, und die Lage gibt auch nach dem Erscheinen der Notizen keinen festen Haltepunkt für Friedenserwartungen. Auf jeden Fall aber ist es ein wichtiges Zeichen der Zeit und noch mehr der Zukunft, daß die deutsche Regierung sich dem Gedanken der Einschränkung der Rüstungen anschließt. Hätte Deutschland den Gedanken angenommen, als England der deutschen Regierung vorschlug, dem Drednoughtwettstreit ein Ende zu machen, wäre die Welt vielleicht, ja sogar wahrscheinlich vom Weltkrieg verschont geblieben.

„Veilingste Tidende“ sagt: Alles in allem genommen kann gesagt werden, daß die Antworten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die Papstnote die verhältnismäßig Schritte darstellen, die bisher von den Mittelmächten unternommen worden sind. Werden die Ententemächte sie vollständig ignorieren können?

Groß-Berlin

Reisigjammler

Man sieht viel in den Wäldern um Berlin. Auch Leute, die es sonst nicht nötig hatten, glauben in dieser Zeit der Feuerungsnot bei sich ihr bisheriges Verbot mit noch Daule nehmen zu lassen. Jeder denkt an die bösen Erfahrungen des letzten Winters und sorgt vor, weil er fürchtet, daß es diesmal noch schlimmer kommen könnte. Gestattet ist aber das Reisigjammlen nur dann, wenn man sich einen Erlaubnischein verschafft, den die betreffende Forstverwaltung ausstellt. Die Forstaufsichtsbeamten durchstreifen die Wälder und schauen auf Personen, die Holz lesen, ohne einen Erlaubnischein zu haben. Es läßt sich denken, daß die Beamten nicht erstreut über die ungebildeten Gäste sind, die ihnen da in die Quere kommen. Doch das kann nicht ein Verhalten entschuldigen, wie es uns aus dem jetzt dem Zweigverband gehörenden Grunewald über einen Beamten mitgeteilt wird. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Personen benahm sich der Mann ganz unbeschreiblich aufgeregt und ging gegen eine der von ihm angehaltenen Reisigjammlerinnen so stürmisch vor, daß sie zu Falle kam und sich verletzte. Soll sich jetzt vielleicht gegenüber Reisigjammlern wiederholen, was uns in den letzten Monaten von Vereenjammlern und Pilzjammlern aus ihren Erfahrungen mit Beamten unter bitteren Klagen geschildert worden ist? Zu wünschen ist, daß Forstaufsichtsbeamte von ihrer Dienstbehörde angewiesen werden, bei Feststellung von Übertretungen sich jedes scharfen Vorechnens zu enthalten. Es mag sein, daß sie selber nicht Mangel an Nahrungsmitteln haben und noch weniger von Not an Brennstoffen wissen. Dann sollte ihnen aber ihre Dienstbehörde einmal eine Instruktion darüber erteilen, wie jetzt anderen Leuten zu Mute ist.

Trocknet Obst!

Vom Magistrat Berlin wird uns geschrieben: Segenwärtig ist durch die reiche Obst-, insbesondere Äpfelzufuhr für die Berliner Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, die zurzeit am Markt zahlreich vorhandenen Äpfel durch Trocknen für den Winterverbrauch haltbar zu machen. Es empfiehlt sich dringend, daß von dieser Möglichkeit baldigst seitens des Publikums in weitestem Umfange Gebrauch gemacht wird, denn es läßt sich nicht übersehen, ob binnen kurzer Zeit noch genügende Vorräte für diesen Zweck zur Verfügung stehen werden.

Ruchenpreise.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Cafés, Konditoreien usw., die Ruchen nicht selbst herstellen, haben beim Verkauf von Ruchen nach den zurzeit geltenden Bestimmungen keinen Nutzen, da ihnen nicht gestattet ist, bei der Abgabe des Ruchens einen Preisaufschlag zu erheben. Mit Rücksicht darauf, daß ihnen durch ihren Betrieb nicht unerhebliche Spesen erwachsen, haben die zur Brotartengemeinschaft gehörigen Gemeinden sich dazu entschlossen, den Nichtherstellern von Ruchen zu gestatten, beim Weiterverkauf von Ruchen zum Verzehr in den Räumen ihres Ausbrennbetriebes ein Drittel der für den Verkauf über die Straße geltenden Ruchenpreise hinzuzuschlagen. Sie müssen aber durch einen Anschlag in den Verkaufsräumen auf diese Ermächtigung hinweisen. Für die Hersteller von Ruchen gilt diese Vergünstigung nicht; diese haben also den Ruchen, auch im Ausbrennbetriebe, wie bisher ohne Preisaufschlag zu verkaufen. Auf die gleichzeitig erscheinende Verordnung wird hingewiesen.

Berliner Lebensmittel.

Die grünen und blauen Schokoladen-Bezugscheine können nachträglich nur in der Zeit vom 20. September bis 1. Oktober in den Geschäften vorgelegt werden.

Die in der Bekanntmachung vom 19. September für weiße Mähren angegebenen Preise werden dahin berichtigt, daß der Erzeugerhöchstpreis 2/3 Pf., der Großhandelshöchstpreis 4 Pf. und der Kleinhandelshöchstpreis 6 Pf. je Pfund beträgt.

Bestandsaufnahme für Wäsche.

Am 1. Oktober findet eine Bestandsaufnahme für West-, Haus- und Tischwäsche statt, die sich im Besitze von Wäscheverleihschäften, sowie von solchen Gewerbe- oder gemeinnützigen Betrieben befindet, die auf die Verberberung oder Beförderung von Personen oder den Verkauf von Lebens- oder Genussmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle gerichtet sind. Zu solchen Betrieben gehören zum Beispiel: Hotels, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionen, Logierhäuser, private (nicht öffentlich-rechtliche) Kranenanstalten (einschließlich Erholungs- und Geneigungsheimen, Sanatorien), Personenschiffahrts-, Schlaf- und Speisewagenbetriebe und dergleichen.

Die Verrichter derartiger Betriebe sind verpflichtet, die am 1. Oktober in ihrem Besitze (Eigentum, Gewahrsam) befindlichen Gegenstände der vorbezeichneten Art der Reichsbelleidungsstelle an-melden.

Die Meldepflicht erstreckt sich jedoch nicht auf: 1. solche auf die Verberberung oder Beförderung von Personen gerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als 5 Betten zum Gebrauch für Gäste zur Verfügung stehen, 2. solche auf den Verkauf von Lebens- oder Genussmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle gerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als drei zur Familie des Unternehmers nicht gehörende Personen dauernd beschäftigt werden. — Genossenschaftliche Betriebe, d. h. solche, die auf Verberberung oder Beförderung und zugleich auf Beförderung von Personen gerichtet sind, sind in vollem

Umfange meldepflichtig, wenn nur einer dieser beiden Befreiungsgründe vorliegt.

Die Ausgabe der Formulare für den Gemeindebezirk Berlin erfolgt im Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststraße 18, Zimmer 80/81, in der Zeit von 8-3 Uhr.

Die Pockenbekämpfung.

Zur Belehrung über die Pockenkrankheit und über die Erfolge des gegen sie geführten Kampfes hat die preussische Medizinalbehörde die Veranstaltung einer Ausstellung für nötig gehalten, die jetzt in Berlin (im Kaiserin-Friedrich-Haus, Luisenplatz 2-4) eröffnet worden ist. Die Pocken haben in diesem Jahr, nachdem in Schleswig-Holstein bei zugewanderten wohnhaften Arbeitern mehrere Erkrankungen ausgebrochen waren, in den nördlichen Teilen des Deutschen Reiches eine epidemische Verbreitung erlangt. Aus dem ganzen Reich wurden etwa 2000 Pockenkrankungen bekannt, davon rund 400 aus Berlin, und die Sterbefälle beliefen sich auf etwa 10 Proz. der Erkrankungen. Die Erfahrungen dieser Epidemie, die jetzt als erloschen gelten kann, werden uns in der Ausstellung gezeigt. Statt betont ist der Erfolg der Pockenimpfung, so stark, daß dabei die Hygiene, die andere Waffe im Kampf gegen die Pocken, vollständig zurücktritt. Auch über Erfahrungen, die während des Krieges bei Pockenepidemien im besetzten Polen mit der Impfung gemacht worden sind, berichten statistische Tafeln. Andere Darstellungen wollen belehren über die begrenzte Dauer des Impfschutzes und die Notwendigkeit der Wiederimpfung, über das Auftreten und den Verlauf der Krankheit und die Schwierigkeit ihrer Erkennung. Die Ausstellung gewährt auch Einblick in das Verfahren der Kumpfgegenimpfung. Eine geschichtliche Abteilung zeigt die Kämpfe des Streites um Wert oder Unwert der Schutzimpfung. Besichtigt werden kann die Ausstellung an Wochentagen 2-8 Uhr, und zwar unentgeltlich.

Zum Schutz aufsichtloser Kinder

Am Anfang dieses Jahres in Berlin ein Kriegsausbruch zusammen, der die bei Unterbringung und Beaufsichtigung der Kinder erwerbstätiger Mütter in der Kriegszeit noch stärker herorgetretenen Mängel bekämpft. In einem Aufsatz hat er die Großbetriebe mit Frauenarbeit, ihm durch Vergabe von Geld die Durchführung seiner Aufgabe zu erleichtern, aber das Ergebnis blieb mit nur 21 500 M. weit hinter den Erwartungen zurück. Da dieser Betrag samt den von anderer Seite gespendeten 18 500 M. inzwischen aufgebraucht ist, so will jetzt der Magistrat aus Stadtmitteln 50 000 M. bewilligen, und unter dieser Voraussetzung hat auch die Landesversicherungsanstalt Berlin weitere 50 000 M. zugezagt. Zur Begründung führt die den Stadtverordneten zugegangene Magistratsvorlage aus, daß der Aufschub dieser nur die drückendsten Notstände zu beseitigen vermag, und viele Anregungen zur besseren Ausgestaltung der Krippen, Kindergärten und Kinderhorte aus Mangel an Mitteln zurückstellen mußte. Inzwischen habe die Frauenarbeit weiter zugenommen, so daß für den kommenden Winter mit einem Wachsen der Zahl und aufsichtloser Kinder zu rechnen sei. — Es läßt sich jetzt, daß die Gemeinde in Friedenszeiten ihre von den sozialdemokratischen Stadtverordneten oft betonte Pflicht, eigene Krippen, Kindergärten und Kinderhorte zu schaffen, nicht erfüllt hat.

Schwangerenfürsorge in Berlin.

Die angekündigte Magistratsvorlage über die Einrichtung einer dem Vormundschafsausschuss der Stadt angegliederten Fürsorgestelle für ledige Schwangere ist jetzt den Stadtverordneten zugegangen. Die Begründung hebt hervor, daß die Kraft eines Volkes ihre Grundlage in der Geburtensiffer und in der Erhaltung und gesunden Weiterentwicklung seiner Jugend habe. Wesentlich ist das Bestreben, daß diese Einsicht durch den Krieg — erst durch ihn! — gefördert worden sei, weil gegenüber den Verlusten an Volkskraft auf Mittel zu möglichstem Ausgleich gefunden werden müsse. Zu ihnen müsse in erster Linie eine großzügige Schwangerenfürsorge gehören — aber in der Vorlage ist dann von „Großzügigkeit“ nichts zu finden. „Die Frauen, die dem Staat neue Mitglieder schenken, können“, sagt sehr richtig der Magistrat, „auch verlangen, daß sie während der Zeit ihrer Schwangerschaft von Staat und Gesellschaft wirksam unterstützt werden.“ Das gilt für sehr viele Ehefrauen nicht weniger als für die Unverheirateten, doch die Vorlage spricht nur von den „ledigen Schwangeren“. Für sie hatte das Vormundschafsausschuss bereits im Herbst vorigen Jahres eine pflanzliche und juristische Beratung eingerichtet, aber man hat eingesehen, daß auch ärztliche Beratung unentbehrlich ist. Mehr als Beratung und höchstens noch kleine Vorrichtungen will die bei der Fürsorgestelle einzurichtende ärztliche Sprechstunde nicht bieten. Die Behandlung soll dem Arzt des Vertrauens der Schwangeren überlassen bleiben“ — womit sie wohl oft ganz unterbleiben wird.

„Alteutsche Kaputtchen und Sitten werden mit reiner Naturbutter gebacken. Bestellungen auf jede Art Kuchen und Torten werden geschmackvoll ausgeführt. Weizenbrot. Drei Mal frische Backware aus feinstem ungarischem Auszugmehl! — — — Mumpst! Sowat jibt's ja janich mehr!“ rief ich aus, als mein Freund dieses mit feierlicher Stimme vorlas. Aber er zeigte mir das betreffende Blatt, in das er seine Stelle eingewickelt hatte, und da mußten freilich alle Zweifel schweigen. Denn ich sah vor mir das Inserat eines Friedenauer Konditors und dieses stand in der Septembernummer des „Monatlichen Anzeigers“, den der „Evangelische Verein junger Männer, Berlin-Friedenau, Kaiserallee 76“ herausgibt. Ein so frommes Blatt, sagte ich mir, als dessen Verantwortlicher ein hochwürdiger Pfarrer zeichnet, kann seine Leser in diesen ersten Zeiten unmöglich zum besten halten. Also wird es schon seine Nützlichkeit haben mit den in „reiner Naturbutter gebackenen“ Kuchen. Glückliches Friedenau! Glückliche evangelische junge Männer!

Zur Befähigung des Posthalterdienstes soll in Berlin bei den Postämtern I. und II. Klasse ein neuer Versuch gemacht werden. Die Vordrucke zu den Postanlieferungscheinen über Best- und Einschreibsendungen sollen teilweise von den Einlieferern ausgefüllt werden. Diese geben also die Sendungen mit den vorgeschriebenen Einlieferungscheinen an Schalter ab. Die Mitwirkung des Absenders soll aber eine freiwillige sein. Auf bloße Maßnahmenleistungen erstreckt sich das Verfahren nicht. Die Postämter werden die Scheine in den Schaltervorräumen auf den Schreibpulten oder an sonst geeigneten Stellen offen auslegen. Inwiefern sie von den Einlieferern auszufüllen sind, ergibt sich aus dem Vordruck. Die Postbenutzer können zu ihrem eigenen Vorteil die Abfertigung am Postschalter wesentlich beschleunigen helfen, wenn sie, ohne Ausnahme, ihre Sendungen mit vorgeschriebenen Einlieferungscheinen aufgeben, soweit sie nicht Postanlieferungsblätter benutzen.

Eine Ehekradde. Der im Felde stehende Kaufmann Adolf Sch. war auf Urlaub nach Berlin gekommen, um eine Aussprache mit seiner Frau, mit der er in Scheidung liegt, herbeizuführen. Frau Sch. jedoch wich dieser Auseinandersetzung aus. Daher hatte sich der Mann in der Nacht zum Sonnabend nach der Regendurger Straße begeben, um seiner Frau, die sich bei einer dort wohnenden Verwandten aufhielt, aufzulauern. Als kurz vor 12 Uhr Frau Sch. mit der Verwandten auf der Straße erschien, um den Heimweg anzutreten, trat ihr der Mann entgegen und gab aus einem Revolver mehrere Schüsse auf sie ab. Frau Sch. wurde mehrmals schwer im Gesicht, besonders am Hinterkopf getroffen. Sch. richtete dann die Waffe gegen sich selbst und schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Ein in der Nähe wohnender Arzt leistete den beiden Schwerverletzten die erste Hilfe und veranlaßte ihre Aufnahme in das Schöneberger städtische Krankenhaus. Dort liegen Mann und Frau bedenklich daneben.

Kind und Eindreher. Ein 34 Jahre alter gewerbdmähiger Eindreher Albert Schmolze, der schon wiederholt mit Juchthaus bestraft ist, ging auf die Klingelfahrt und wurde in dem Hause Köpplerer Straße 22 in der Wohnung einer Arbeiterin, das außerhalb beschlagnahmt war, von einem siebenjährigen Mädchen überfallen. Er hatte bereits alles zusammengepackt und suchte mit der Beute zu verschwinden. Die Kleine ging ihm aber die Treppe hinunter nach und rief, auf der Straße angelangt, „Eindreher!“ hinter ihm her. So wurde das Publikum aufmerksam und nahm den Flüchtigen, der seine Beute schon wegwerfen hatte, fest.

Ein großer Bekleidungsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der Drahtenburger Straße 1-3 verübt. Die Täter erbeuteten hier in dem Geschäft von Freytag u. Co. für etwa 30 000 M. fertige Waren und Felle.

Charlottenburg, Lebensmittel. Auf die 10 Abschnitte der Kartoffelkarte können 5 Pfund und auf Abschnitt 141 der roten Lebensmittelkarte außerdem noch 2 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Ferner werden in dieser Woche auf Abschnitt 24 der Rührmittelkarte für Jugendliche 125 Gramm Hafennährmittel zum Preise von 11 Pf. ausgegeben. Bis 7. Oktober wird auf Abschnitt 81 der Eierkarte ein Ei verabsolgt.

Von Donnerstag bis Sonnabend, den 6. Oktober, findet eine allgemeine Verteilung von Hafennährmitteln statt. Abschnitt 139 der Lebensmittelkarte berechtigt zum Empfang von 125 Gramm zum Preise von 11 Pf.

Lichtenberg, Lebensmittel. Auf die Kartoffelabschnitte der laufenden Woche werden insgesamt 7 Pfund Kartoffeln verabsolgt. Ferner werden verteilt: auf Abschnitt 110 S 1/2 Pfund-Wafer Hafennährmittel zum Preise von 0,32 M., Abschnitt 110 K 1 Kiste Erdbeeren zu 0,36 M., Abschnitt 110 B 125 Gramm Weizenroggen zum Preise von 0,07 M., gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte, soweit noch nicht abgeholt, für jede Haushaltung 1 Kistenluch zum Preise von 1,35 M. in den städtischen Verkaufsstellen. Gegen Vorzeigung der

Lebensmittelkarte werden bis zu 2 Pfund Süßfruchtmarmelade, das Pfund zu 0,90 M. ausgegeben. In den städtischen Fischhallen werden abgegeben: auf Abschnitt 104 E Sardinen in Brühe je eine Dose, Dose 1,15 M., Abschnitt 108 E, I, G, K, S frische Fisch- und Seefische, bis zu 1/2 Pfund, Abschnitt 107 K Molmops bis zu 1/4 Pfund, Abschnitt 108 E Bornholmer Reringe bis zu 1/4 Pfund. Ohne Marken: Reringe in Gelee und eingemachte Gurken.

Der Verkauf der Gurken erfolgt nicht allein in den städtischen Fischhallen, sondern in allen Käuferwarengeschäften.

Für den Kauf von Fischen und Fischwaren erfolgt eine Voranmeldung in den Geschäften nicht.

Reinickendorf, Lebensmittel. Die Wochenmenge an Fett beträgt 50 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine, an Kartoffeln auf Kartoffelkarte, Abschnitt 74 a-c, 5 Pfund und auf Lebensmittelkarte 110a und 110b 2 Pfund. Auf Abschnitt 21 der Eierkarte wird ein Ei zum Preise von 30 Pf. verabsolgt.

Tegel, Lebensmittel. Infolge verminderter Fleischzufuhren wird es nicht möglich sein, den Einwohnern die zutreffende Menge zu betriebsförmig. Die Gültigkeit der Fleischmarken der Woche vom 17. bis 23. September d. J. wird daher bis einschließlich Mittwoch, den 26. September verlängert. Diese Marken sind von den Schlächtereimern vorweg einzulösen. Um dem Wunsch des Publikums Rechnung zu tragen, daß es von der Fleischlieferung erlöst, ohne täglich am Schlächterladen nachsehen zu müssen, soll häufig der Zeitpunkt der Fleischlieferung bezw. des voraussichtlichen Fleischverkaufsbeginnes auch durch öffentlichen Tafelanschlag und durch Bekanntmachung in den Zeitungen, sobald diese letztere eben möglich ist, erfolgen. Der Nummerauftrag muß auch fernerhin am Schlächterladen nachgesehen werden.

Der Gemeinde ist nochmal ein Teil Einmachegucker überwiesen. Es wird 1 Pfd. auf Abschnitt 60 der Lebensmittelkarte ausgegeben, den die Einwohner Donnerstag in Empfang nehmen können.

Vom Donnerstag ab können in den diesbezüglichen Geschäften auf Abschnitt 69 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Marmelade (1 M.), 100 Gramm Grieß (8 Pf.) entnommen werden.

Auf die Kartoffelkarte werden 5 Pfd. Kartoffeln verabsolgt, auf die Kartoffelzusatzkarte 2 Pfd.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neußln. Donnerstag, den 27. September, abends 8 Uhr, im großen Saale der Berliner Aind-Druckerei, Hermannstr. 214-219, Vortrag des Genossen Reichstagsabg. Dr. Gradnauer über: Die Neugestaltung der deutschen Verfassung. Eintrittskarten sind in den Parteipositionen und bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück. Valladolid, 23. September. (Dabas.) Ein Postzug fuhr in einen Personenzug zwischen Matapozuelo und Pozaldez hinein. 13 Personen wurden getötet, 37 verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. Reinickendorf. Nichtlich nach dem Verträge. — B. G. 12. An Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Altenburg. — A. 2. 52. Wenn testamentarisch die Frau als Alleinerbe eingetragt ist, ist Klage erloschen. — B. R. 7. 1. und 2. Rein. 3. Will nur für Unterhalt. 4. Soll nach den Bestimmungen der Beköstigung nicht sein. — Aite Abonnenten R. 50. Sie müssen Antrag an die Steuerkasse stellen wegen Gewährung einer laufenden Ertragsunterstützung. — R. T. Direkter Urlaub wird gewährt. Nachurlaub nur vom Kommando der eigenen Truppe. — 2000. F. Selbstverständlich, aber neben den Kindern beim Eltern. — Östringen. 1. Ja, sofern tatsächlich im Halbesunde besonderer Wert lag. — 2. Ja. 3. Rein. — D. 2. 59. Ja. An das Stellvertretende Generalkommando seines Truppenregiments. — G. W. 1884. Sie sind im Recht, senden Sie der Firma einen Zahlungsbeleg. — C. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 2. 62. In diesem Falle haben Sie keinen Anspruch auf die Zulasskarte. — P. W. 18. Senden Sie sich an das Generalkommando des Roten Kreuzes, Prinz-Albrechtstraße (Abgeordnetenhaus). — W. 7. 11. Das kommt ganz auf die Qualität an. Senden Sie sich an die Gesellschaft für Kriegsmobilbedarf, Verl. Ledermannstr. 1/6. — J. W. 1000. 1. Bild- und Filmat. Berlin SW., Zimmerstr. 72. 2. Ringplatz Berlin - Johannisthal. — G. R. 16. Versuchen Sie es mit Revotom oder Robidantur. — R. 7. 100. Im Berliner Adreßbuch, Teil II, Seite 191 finden Sie das Gewandstück.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und vielach heiter, in den Mittagstunden mäßig warm, nachts kühl.

Als Opfer des Völkerringens ist am 1. September 1917 (durch Granatreflex) unser Kollege, der Schlosser **Artur Nigshmer** im Alter von 27 Jahren gefallen. 613b Der Gesalbte war uns stets ein pflanzgetreuer und ehrlicher Kollege. Der besten Viner. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma **Saimler (Mariensfelde), Abteilung Dieselbau.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter treuherziger Vater, Schwieger- und Großvater **Friedrich Migge** am Freitag früh sanft entschlief. ist. Dies zeigen im Ranten aller Verwandten tiefbetäubt an. 912 **Karl Dembowski,** Schwiegersohn, **Marie Dembowski** geb. Migge als Tochter, **Herbert** als Enkel, Neußln, Dierstraße 10. Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 25. Sept., nachmitt. 4 1/2 Uhr, von der Halle des „Ahnas-Richbofes, Hermannstraße.

Ereues Gedenken zum Sterbetage meines lieben, guten Mannes, sorgsamsten Vaters seiner einzigen Tochter, Bruders, Schwagers und Onkels, des Landsturmmanns **Richard Zimmermann** Ins.-Reg. 45, 11. Komp. im Alter von 36 Jahren, gefallen am 25. Sept. 1916. Wenn die Glocken werden klingen zum Heben eini noch blutigem Streit, Dir lieber Mann, wird keine mehr ertönen, Du ruhst in Feindesland so weit. Wir haben nicht Dein brechend Auge, durften nicht zum letztenmal die Hand Dir drücken. Nur wer mit uns fühlt, wird unsren Schmerz empfinden, und nimmer, nimmer werden wir Dich einst vergessen. **Deine untröstliche Gattin Hedw. Zimmermann** nebst Tochter Gisa, Seidenfeldstr. 11, Berlin, 25. September 1917.

Welmütiges Gedenken zum Geburtstage! Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 26. April 1917 mein ungeliebter, verzengter Sohn, Bruder und Neffe, der Musikfeller **Richard Runge** im 20. Lebensjahre. Am liebsten Schmerz Deine untröstliche Mutter **Vauine Runge,** Gertr. Runge als Schwester **Alara Marquardt-Lante** Dein Leben war so rein, so festes, nun liegt in Feindesland du, in der Erde Schoß. Wir alle können es immer noch nicht lassen, daß du so jung schon muß dein Leben lassen. Wer dich gann, der würdig unsern Schmerz, doch und zerriffen es schier das Herz. Um deiner Mutter Zukunft selber zu begründen, hand' du vom vorn Ziel, da muß dein Tod du finden! 509b Dem Auge fern, dem Herzen ewig nah!

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Verwaltungshelle Berlin, N 54, Untenstraße 83-85. Geschäftigkeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714. **Mittwoch, den 26. September 1917, abends 8 1/2 Uhr:** **Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen** im Gewerkschaftshaus, Engelste 15. Tagesordnung: 1. Verbands- und Branchangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Vorträge. **Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.** **Donnerstag, den 27. September 1917, abends 8 Uhr:** **Branchen-Versammlung der Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins** im Lokal von Klement, Sophienstr. 6. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Hilfsdienstgesetz. — 2. Diskussion. — 3. Branchangelegenheiten. — 4. Verbandsangelegenheiten. — 5. Verschiedenes. **Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.** **Die Ortsverwaltung.**

Gegründet 1964 **Pelzwaren** in gros Einzelverkauf wie alljährlich zu billigen Preisen. **S. Schlesinger,** Neue Königstr. 21 (Hörnstr.) kein Laden, II. Stock. Bitte genau auf Firma **21** und Hausnummer **21** zu achten! **21**

Am 15. September fiel mein lieber Mann und treuherziger Vater seiner einzigen Tochter, der Schmelzer **August Damasehke.** Die trauernde Witwe **Rosa Damasehke** geb. Benzel nebst Kindern, **Ferdinand Schwemmer** als Schwager, Seelener Straße 7.

Spezialarzt Dr. med. Coleman f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranken. **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage) Behandl. schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüb. **Friedrichstr. 81,** Panoptik. **Königstr. 34-36,** Ecke Neue Spr. 10-11 u. 5-8, Sonntag 10-11. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Wohlschmeckend. Brotaufstrich, garant. rein Apfel, Birnen u. Pflaumen, gesüßt. 25-Pfund-Eimer M. 25.— ab hier Nachnahme. **H. A. H. Fischer, Warburg i. Westf.** 229/18

In Freien Stunden Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. **Preis 15 Pf.** **Buchhandlung Vorwärts** Berlin SW., Lindenstr. 3.

Soeben erschien: Marxismus, Krieg und Internationale Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkrieg. **Von Dr. Karl Renner** Mitglied des österreichischen Reichsrats. Unser österreichischer Genosse, einer der besten Marxisten, sagt im Vorwort dieses vorzüglichen und populär geschriebenen Buches u. a.: „Geboren aber wurden diese Studien aus der lebensdienlichen Empfindung des geistigen Überfalls, in das die Arbeiterschaft der Welt durch den Krieg verdrängt worden ist, und aus der unerschütterlichen Überzeugung, daß ihr einzig und allein marxistische Forschung Abhilfe schaffen kann.“ **Preis, gut gebunden, 5,00 Mark.** **Expedition des Vorwärts, Lindenstr. 3 (Laden).** Schriftliche Aufträge, auch für alle anderen Bücher, werden sofort erledigt.

Zigaretten 1000 I. C. M. 40-42 1000 I. D. M. 57,50 1000 I. F. M. 72.— Versand geg. Nachnahme von 500 Stk. an sortiert. Ins Feld: Gegen Vorher-einsendung. **Zigarren** von M. 250.— **Fredy Zigarettenvertrieb Norden** Brunnenstraße 17. Geschäftszeit von 8-7. Sonntags von 8-10.

Im Feldlagerst hat am 29. Juli mein lieber, guter Mann und lieber Vater seines einzigen Sohnes ein schwerer Verwundung, der Brustwundenhalschneiter [1189] **Gustav Parduhn** im 40. Lebensjahre. Um dieses Weisheit bitten **W. Wilhelmine Parduhn** nebst Sohn Kurt. Lieber Vater schick in Ruh. **Weinlese bedt Dich zu Kuh.**

Blumen- und Kranzhinderei von **Robert Meyer,** Ind.: P. Golletz, Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10303.

Kranzspenden sowie sämtliche **Blumenarrangements** liefert schnell und billig **Paul Gross, Lindenstr. 69,** Tel. Mpl. 7203.

Nach vier Monaten.

Eine wahre Begebenheit, erzählt von Otto Passarge (im Felde).

Es war dies eine ferner Gegend, die die Franzosen — weil sie in die Gefahr gekommen waren, eingeschlossen zu werden — im schnellsten Maßzuge verlassen hatten.

Der, von dem ich jetzt erzähle, war ein stämmiger Norddeutscher und nannte sich Schmidt. Gerade gebaut, der Flachbart etwas verwildert, die Pfeife, die ihm nie ausging, stets im Mundwinkel.

Der alte Schmidt hatte heute den zweiten Posten, und zwar an einer Bahnstrecke. Vor ihm, hinter ihm, wo er nur hinschaute, war Wald und es schien, als ob dieser überhaupt kein Ende hätte; blieb es doch, daß man sieben Stunden brauchte, um ihn einmal zu durchqueren.

Aber was mochte denn wohl immer dahinter in dem Busch, rechts von dem schiefen Baum herumtrabbeln? Vorhin hatte er es schon bemerkt und nun wieder, jetzt meinte er, sogar etwas Rotes zu sehen.

So ging denn Schmidt seiner Platte zu, und da ihm schon seine Ablösung entgegenkam und „Posten nichts Neues“ legte er sich auf die Brücke und schnarchte bald so laut, als ob eine ganze Armee beim Dolatsagen wäre.

Die Geschichte von gestern abend wollte ihm aber doch nicht so recht aus dem Kopf und jetzt setzte er sich auf einen Baumstumpf und ließ den Blick nicht von dem Busch, der ihm doch gestern so merkwürdig vorgekommen war.

Da! Er sprang plötzlich auf. War es da nicht wieder? Und jetzt, jetzt sah er ganz deutlich. Ganz gewiß, ganz deutlich hatte er es jetzt gesehen, wieder das Rote wie gestern auch. Nun vernahm er auch leichten Rauch. Da mußte doch etwas sein, das nicht seine Wichtigkeit hatte.

Schmidt ging schnurstracks nach seinem Wachhabenden hin, um ihm hiervon Mitteilung zu machen und niemand wagte an der Wichtigkeit seiner Beobachtungen zu zweifeln, denn sie kannten ihren alten Schmidt viel zu genau, um nicht zu wissen, daß er viel zu gewissenhaft war, um auf solche Weise seine Posten zu treiben.

Nachdem er sich von dem Vorkommnis in dem geheimnisvollen Wald brachete, er sprang auf, ließ seinen Adjutanten rufen und nun berieten beide, was da zu machen sei.

Noch am selben Tage sandte er in mehreren Ketten seine Gendarmepatrouillen zu uns. Je drei Mann, denn der gewaltige Wald hatte unzählige Wege und es war nicht leicht, ihn so ohne weiteres zu umschließen. Dazu gab es Sumpf, breite Wassergräben und undurchdringliche Flächen von Schlingengewächsen.

Wir wollen nun den Pfad verfolgen, den der Obergendarm Liede einschlug.

Liede war ein in seinem Fach durchaus erfahrener Mann. Kein Wunder, daß seine beiden Begleiter schon viel von ihm gelernt hatten, so daß die drei sich immer mehr einander näher kamen und Hand in Hand arbeiteten.

Zwei Tage waren sie nun bereits durch den Wald geritten, teils gelaufen und — abgesehen von einigen unsicheren Kantontisten — war ihnen nichts in den Weg gekommen und so langsam stiegen ihnen Zweifel auf, ob sie überhaupt etwas finden würden, was von Belang für ihre Sache wäre.

Ihr Weg führte über eine große Lichtung, die nur mit dünnem Gras bedeckt war. Liede dachte an den großen Exerzierplatz in der Heimat, wo jährlich Jahrsaus die Infanterie den Krieg markierte und die Artillerie mit ihren Manöverartillerien die Umgebung verqualmte.

Endlich sahen sie auch ein Haus. Sie ritten näher. Ein Staunen überkam sie. Dieses im reinsten Barockstil gehaltene Gebäude diente einigen Wohlstand, und da alle drei auch mächtigen Durst verspürten und sie aus Erfahrung wußten, daß fast jedes kleine Häuschen schon einen guten Wein hatte, so machte Liede kurzerhand den Vorschlag, hinein zu gehen und nach einem kühlen Trunk Umschau zu halten.

Geht, geht! Das Haus war von einem hohen Gitter umgeben und die eiserne Pforte, die den Eingang versperrte, war noch um ein Stück höher. Liede wollte sie aufmachen, aber wie vernietet blieb dieselbe fest und rührte sich nicht. Nun legten sich alle drei dagegen. Aber es nützte nichts. Das war auch weiter nicht auffällig, denn man war schon gewohnt, daß sich die zurückgebliebenen Bewohner immer schon aus Angst, daß ihnen etwas geschehen könnte, eingeschlossen hatten.

Der Garten konnte Liede gefallen. Große Beete mit den wunderbarsten Blumen waren hier angelegt. In der Mitte ein großes malteses Bassin mit Wasserrosen, Muscheln, imitierten Korallenriffen und eine Menge große und kleine Goldfische schwammen drin herum. Auf einem besonderen, aus einem Kalkstein angefertigten Kreis stand ein ziemlich hoher Pfahl und an ihm war eine große Glocke befestigt mit einem langen Strid. Liede besah sich dieses Konstrukt und ihr Begleiter zog kräftig einige Male an diesem Strid, als wenn er zeigen wollte, wie dieser Apparat funktioniert.

Die Geschichte mutete doch etwas eigenartig an, aber was sollte denn schließlich dabei sein. Vor allen Dingen mußten sie jetzt erst mal ihren Durst stillen. Die vier stiegen die Steintrappe hinauf, gingen ins Haus und ihr Führer ließ sie in ein Zimmer einreten, das von Luxus geradezu strotzte. Sie machten es sich auf einem Sofa bequem und eine alte dicke Dame brachte Gläser und Wein auf einem hochnoblen Tablett. Obgleich Liede freimäher war und merkte, daß man ihnen nicht gerade vom Westen gegeben hatte, sog er doch mit Wohlbehagen an seinem Glas, denn der Durst ließ alles gut schmecken. ... Wohlbedient wachte Liede seinen Bart ab. Endlich doch einmal eine Ladung. Auch das Unbehagen war schon von ihnen gelassen.

Pflichtgemäß durchsuchte Liede noch das Haus ab, ob es auch sauber war. Er ging nach oben und seine Begleiter schickte er nach unten in den Keller. Sie fanden nichts, woran sie Anstoß nehmen sollten. Nur in dem Gemüsegarten hinter dem Hause fanden sie noch zwei harmlose Männer, die mit dem Spaten tätig waren und Liede hielt sie für die hier waltenden Gärtner, fragte sie etwas und nahm weiter keine Notiz von ihnen. Ihm fiel nur auf, daß von dem Besitzer dieses Brachthauses gar nichts zu sehen war. Aber die dicke Dame gab Auskunft und erzählte, daß der Monsieur im Kriege sei und die Madame einige Stunden von hier in einem anderen Dorf wohne.

Unsere drei Patrouillenreiter mußten sich aber auch wieder auf den Weg machen, denn die Sonne ging bereits unter und ihr Weg sollte noch bis zur nächsten Begegnung führen. Bis dorthin war es immer noch eine gute Strecke und vor Nachtbruch wollten sie auch noch im nächsten Dorf sein, um von da aus ihren Rapport zu melden.

Drei Tage nun unterwegs und kein Ergebnis. Liede wurde von Ungeduld geplagt, denn er war in seiner Praxis gewohnt, daß der Erfolg ihm sicher war. Er suchte auf die Landstürmer, die immer aus einer Mücke einen Elefanten machten und ihm diese gewaltige Arbeit aufgeschält hatten.

(Schluß folgt.)

Eine neue Schwangerschaftsreaktion.

Schon vor mehreren Jahren erregte Professor A. B. H. d. e. n. Kuffelen mit seiner Entdeckung, daß man das Vorhandensein einer Schwangerschaft schon in den ersten Tagen durch eine chemisch-biologische Reaktion feststellen könne. Das Blut Schwangerer, und nur dieser, hat nämlich die Eigenschaft, Plazentarextrakt (Mutterkuchen) einweiß abzubauen. Es ist dies eine Abwehrreaktion des Körpers, die auf ähnlichen Geleigen beruht, wie die Bildung von Gengengiften im Körper bei der Impfung zu dem Extrakt oder den Stoffwechselprodukten von Typhus, Tuberkelbazillen usw.

Eine weitere Ausbildung hat die Methode nun durch Dr. R. Kochmann erfahren, der Verbindungen aus Mutterkucheneiweiß und Metallen hergestellt hat. Er nennt solche Verbindungen „Sorocyme“ und die zur Diagnose der Schwangerschaft verwendete Verbindung Dia-Sorocym-Plazentaa. Es handelt sich um eine Verbindung von Plazentarextrakt mit Eisen. Läßt man das Serum Schwangerer auf diese Verbindung wirken, so wird das Eiweiß abgebaut; das Eisen wird frei und kann durch andere chemische Mittel nachgewiesen werden. Bei Einwirkung der Sera anderer gesunder oder kranker Menschen bleibt die Verbindung völlig ungelöst. Auch mit anderen Metallen (Nickel, Kobalt, Radium) hat Dr. Kochmann solche Verbindungen hergestellt, die die gleichen Eigenschaften aufweisen. Es scheint damit ein sicheres Mittel für die Frühdiagnose der Schwangerschaft gefunden worden zu sein, denn nach der „Münchener Medizin. Wochenschrift“ kommen bei 100 Untersuchungen nur drei bis vier Fehlergebnisse vor.

Schokolade-Ersatz.

Durch die Absperrung von den Heimatländern des Kakaobaums ist das beliebte, wohlschmeckende und nahrhafte Getränk aus der Kakaobohne, die Schokolade, selten und teuer geworden. Aber auch für dieses Tropengewächs gibt es in unserer heimatischen Pflanzenwelt einen Ersatz. Zur Herstellung eines der Schokolade an Geruch und Geschmack fast gleichen und auch sehr nahrhaften Getränks können die Beeren des roten Hartriegels (Cornus sanguinea) verwendet werden. Der rote Hartriegel hat seinen Namen von dem während des Winters sich blutrot färbenden Zweigen. Er ist als Unterholz in Laubwäldern und Heiden häufig. Seine weißen Blüten stehen in zusammengesetzten, schirmförmigen Trugdolden. Sie zeichnen sich durch eine schwarze, weichpunktete Steinfrucht aus. Aus den Früchten wird durch eine verdickte Abkochung ein Schokoladefrüchtchen gewonnen. Nicht bloß der Geruch, der nebenbei dem Vanillegeruch ähnelt, den Geschmack und die Nährkraft hat die Abkochung der Hartriegelbeeren von der echten Schokolade, sondern auch die Nebenwirkungen auf die Verdauungsorgane. Bei dem massenhaften Vorkommen des Hartriegels können die Hartriegelfrüchtchen, die auch in anderer Zubereitung genießbar sind, zur Streckung unserer Knappen Nährmittel recht gute Dienste leisten. Wenn ihre Nährkraft erst allgemein bekannt ist, wird sich ihre Verwertung wahrscheinlich auch in den wiederertommenden besseren Zeiten erhalten.

Notizen.

— In Sachen „Daherpotts Erben“ schreibt uns Robert Grösch: „Wie ich aus dem „Berliner Tageblatt“ ersehe, behauptet ein Herr Henry Wenden, die Grundidee meines Dreifalters „Daherpotts Erben“ entstamme einer von ihm 1912 veröffentlichten Geschichte. Bis heute wußte ich weder etwas von Herrn Wenden, noch von seiner Hundendiebstahl, und sie könnte mich höchstens deswegen interessieren, weil ich im Jahre 1907 eine als Zeitungsdruck und als Beitrag eines Märchenbuchs erschienene Erzählungsgeschichte eines Katers schrieb: sie heißt: „Murr Daherpott“, enthält die Grundidee zu „Daherpotts Erben“ und erschien fünf Jahre vor Herrn Wendens Geschichte. Wenn in diesem Fall also ein Plagiat vorliegt, so kann unmöglich ich es verübt haben.“

— Ein Revolver, der mit Gaspatronen geladen ist, wird von der nordamerikanischen Geheimpolizei verwendet. Durch die Gaspatronen wird der Verbrecher nicht getötet oder verletzt, sondern nur augenblicklich gelähmt, so daß er sich nicht zur Wehr setzen kann.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

„Vielleicht dünkt Dich nun, Gjatrid, daß es keinen Zweck hat, Hochzeit zu halten, — aber daß Du nicht willst. — — — Ich denke aber nicht, in Arrest gebracht zu werden; denn kann ich es fertig bekommen, so erschlag ich auch den Gefangenwärter morgen, wenn sie da sind und mich holen wollen, und dann werd ich bei der Gelegenheit wohl mein Leben los.“

„Aber ich möchte doch am liebsten“, fuhr Anders fort, „daß Du jetzt mit mir zum Pfarrhof kämst, so daß wir heut nacht bei einander sein könnten, wenn er uns getraut hat. — Dann wüßst nur Nachred sein, alles was die Leute über uns zwei dann sagen können.“

Er stand da und lauschte über ihrem Kopfe. — „Willst Du das, Gjatrid?“

„Ja, ja, ja!“ — Sie schlang plötzlich ihre Arme um ihn und küßte ihn auf den Mund. — Dann liefen sie über die Acker hin, auf den Weg hinaus, nach Garrebj hinab, zum Pfarrhose. — — —

Es war etwas später als elf Uhr. Doch Pastor Steffensen pflegte erst nach Mitternacht zu Bett zu gehen. Dagegen hofften sie sicher, daß Madam Walling jetzt schlafen würde.

Anders pochte an das Fenster zur Studierstube des Pfarrers, wo sich in der Lat Licht zeigte.

Mit der Lampe in der Hand kam der Pfarrer ans Fenster.

„Aber was ist denn das!“ sagte er und schob das Kinn mit seiner gewohnten Kopfbewegung nach vorn, als er die beiden Gesichter draußen im Halbdruck sah. „Da hab ich doch nie in meinem Leben — — —“ hörten sie ihn sagen, indem er mit der Lampe zurückging und sie auf den Tisch setzte. — Er lief aus seiner Stube in der Richtung nach der Ganttür hin, wohin sie sich gleichfalls begaben.

Sie grühten.

gegangen, aber sie könnte leicht aufwachen,“ sagte der Pfarrer.

„Dann könnten Sie sie doch wohl bitten, sich wieder schlafen zu legen,“ sagte Anders.

„D, es kann doch auch sein, daß sie nicht hört. — Na, das ist aber merkwürdig — — — ja, das kommt wirklich überraschend mit euch, — daß ihr hierherkommt!“ — Der Pfarrer rieb die Handflächen gegen einander und lachte verlegen oder ängstlich.

„Ja, ich hab den Heiratschein bei mir; wir wollten Sie bitten, uns auf der Stelle zu trauen,“ sagte Anders.

Pastor Steffensen blickte sich eifrig um, gleich als suche er nach etwas: „Dazu — dazu bin ich eigentlich nicht der rechte Mann, — zu so etwas. Ich finde, wir sollten damit warten. Ich kann ja so gut verstehen, daß ihr nicht mit Gjatrids Eltern dabon gesprochen habt.“

„Nein, aber wir halten heute nacht Hochzeit, ob Sie uns trauen oder nicht. Sehn Sie, da können Sie es nun machen, wie es Ihnen am besten scheint.“

„Ah — liebste Kinder!“ sagte der Pfarrer und schlug mit den Fingern in die Luft, als habe er sich verbrannt, „warum habt ihr's denn nur so eilig, — — — wir wollen, wir wollen uns Zeit lassen — — —“

„Nein, das können wir nicht; denn morgen früh, denk ich, kommen sie vom Thinghof und holen mich.“

„Und holen Sie, — — — aber was sagen Sie denn?“ — Der Pfarrer wurde bleich.

„Ja, denn ich hab soeben den Anjunkt in seinem Kontor erschlagen, und sie werden ja schon bald herausbringen, wo ich geblieben bin — — —“

Der Pfarrer legte die Hände vors Gesicht und schluchzte: „Ach, Anders, Anders! — so ein Unglück! so ein Unglück! — o Herrgott!“

„Ja, ich kann nicht sehen, für wen es ein Unglück sein sollte, abgesehen vom Adjunkten, und er hat es sich doch selber zuzufschreiben.“

Der Pfarrer nahm die Hände vom Gesicht und blickte Anders erschrocken an, „aber bereuen Sie denn Ihre grauenhafte Sünde nicht?“

„Sünde? — es kann doch wohl keine Sünde sein, solche Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen?“

„Aber wissen Sie denn nicht, Anders, daß, wer mit dem Schwert tödet, durch das Schwert unkommen soll?“

„Gewiß, das ist recht vernünftig. In allem muß ja Ordnung sein. Sonst sünden die Leute eben an, totzuschlagen, ob es nun recht wäre oder nicht. — Aber was denn, — sie kommen ja auch und holen mich morgen.“

„Ah, Sie müssen ja verrückt sein, — Sie müssen ja verrückt sein, Mensch!“

Der Pfarrer lief jammern in der Stube umher. „Wenn Sie Ihre entsetzliche Sünde nicht fühlen!“

„Nein! — ich glaube, daß, wenn jemand von Zeit zu Zeit den ungerechten Beamten so eine Lektion erteilt, die andern dann in ganzen besser würden.“

Der Pfarrer stierte mit verwirrten, tränenden Augen vor sich hin, sagte aber nichts.

„Ja, — Sie sagen doch, daß alles, was wir Menschen tun, Sünde ist,“ fuhr Anders fort. „Dann ist das hier wohl auch Sünde. — Aber sollen wir denn die Ungerechtigkeit nicht überwinden?“

„Wir sollen die Ungerechtigkeit in uns selber überwinden. Wir sollen uns selbst überwinden. Nach innen zu, nach innen zu! — ach, Anders!“

„Nach innen zu! — ja, wenn unser Herrgott gesagt hat, daß es das Allerbeste ist, dann muß es ja auch so sein. Aber nach außen zu, — das ist dann eben das Zweitbeste. — Und ich weiß nun wirklich nicht, ob Sie um soviel besser sind als ich. Aber ich bin ein Mann, und das sind Sie nicht, soviel weiß ich!“ — — —

„Ist der Adjunkt wirklich tot?“ sagte der Pfarrer und sahte sich an die Sterne.

„Ja, ja, das ist er. Und zwar mausetot. — Und nun möcht ich Sie bitten, uns zu trauen. Denn sonst gehen wir wieder unsere Wege.“

„Ja — ich kann ja — — — Wenn Sie einen Heiratschein haben! — Aber Gottes Segen über Ihre Ehe sprechen, das kann ich nicht, — wenn ich auch möchte, — ich habe euch beide so sehr gern.“

(Fortf. folgt.)

